

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 RM, monatlich 50 Pf. ...

Die Interaktions-Gebühr beträgt für die sechs...
Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Dienstag, den 30. Januar 1917. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Englische Angriffe abgeschlagen.

Englische Angriffe bei Armentières, Fromelles, Neuville-St. Vaast und auf dem Ancre-Rordufer — Französischer Ueberfallsversuch gegen Höhe 304 — Deutscher Vorstoß auf dem Hartmannsweiler-Kopf

Amlich. Großes Hauptquartier, den 29. Januar 1917. (W. T. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Nördlich von Armentières griffen die Engländer in drei Wellen die Stellungen des bayerischen Infanterie-Regiments Nr. 23 an, das den Feind verlustreich zurückwies.

Südwestlicher Kriegsschauplatz.

Nicht Neues.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Pöcker, Feldmarschalleutnant.

Südlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
An der Za schränkte unsicheres Wetter und Schneereiben die Geschützaktivität ein.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
An der Za schränkte unsicheres Wetter und Schneereiben die Geschützaktivität ein.

Mazedonischen Front

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, den 29. Januar. Abends.
Von keiner Front sind größere Kampfhandlungen gemeldet.

Der österreichische Bericht.

Wien, 29. Januar 1917. (W. T. S.) Amlich wird veröffentlicht:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Westecanedi-Abschnitt verhielt sich der Feind gestern ruhig. Heute früh legte er erneut zum Angriff ein, wurde aber unter schweren Verlusten abgeschlagen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Abschnitt östlich des Doberdo-Sees brachte eine Abteilung des Infanterie-Regiments Nr. 91 von einer gelungenen nächtlichen Unternehmung 31 gefangene Italiener zurück.

Südlicher Kriegsschauplatz.

Nicht Neues.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Pöcker, Feldmarschalleutnant.

Gasangriff an der Aa.

Berlin, 29. Januar. Außer den schweren Kämpfen beiderseits der Aa am 28. Januar regte sich der Russe am Abend noch an einer anderen Stelle der Front. Er hoffte mit Hilfe eines von ihm an der Rigauer Front noch nicht angewandten Mittels gewaltsam unsere Linien zu durchbrechen, nämlich mit Gas. Gegen 7 Uhr abends blies er an der Straße Riga-Mitau zwei Gaswolken ab.

Der Gegner möchte wohl glauben, unsere Stellung ungedeckert oder Ratlosigkeit und Aufregung unter unserer Grabenbelagerung verbreitet zu haben, aber in dieser Voraussetzung hatte er sich geirrt.

Englischer 14 892 Tonnen-Hilfskreuzer vernichtet.

London, 29. Januar. (Amlich.) Der Hilfskreuzer „Laurentie“ (14 892 Br.-Reg.-Tonnen) ist am 25. Januar spät abends an der irischen Küste durch ein deutsches Unterseeboot oder eine Mine zum Sinken gebracht worden.

Deutsches U-Boot verloren.

Gesecht mit englischem Hilfskreuzer bei Hammerfest. Kristiania, 28. Januar. Das Marineministerium gibt bekannt: Ein norwegisches Motorfahrzeug setzte gestern bei Hammerfest ein deutsches U-Boot, welches auf See gesunken war, an Land.

Zur Verstädtlichung des Arbeitsnachweises in Berlin.

Von Adolf Ritter.
In dieser Woche wird sich die Berliner Stadtverordnetenversammlung mit einer Vorlage des Magistrats beschäftigen, die für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter außerordentlich wichtig ist.

Die Vorlage des Magistrats bildet die Ausführung eines seit länger Zeit in städtischen Kreisen erwoogenen Gedankens. Die Zuschüsse der Stadt sind von Jahr zu Jahr gestiegen, sie betragen gegenwärtig rund 80 Prozent des Gesamtsatzes des Zentralvereins für Arbeitsnachweis.

An der Vorlage des Magistrats fällt uns aber auf, daß auf diese Fragen mit keinem Wort eingegangen wird. Es ist daher nicht so wichtig, was in der Vorlage steht, als was in ihr nicht steht: nämlich nichts über die Stellung der Facharbeitsnachweise in ihrem neuen Verhältnis zur Stadt Berlin.

Der Magistrat hätte wohl auch eine andere Begründung gefunden, wenn ihm nicht von anderer Seite ein Knackstein ins Netz gelegt worden wäre, das er jetzt ausbrüten soll. Es handelt sich nämlich um nichts weniger als um die Frage: Sollen die beiden Interessengruppen, für die der Arbeitsnachweis eigentlich geschaffen ist, ihren bisherigen Einfluß aufgeben und soll an dessen Stelle das bürokratische Element in den Vordergrund treten?

Die Bestrebungen des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise, eine gezielte Regelung der Arbeitsvermittlung im Sinne des öffentlichen Arbeitsnachweismonopols durch Bureaularisierung der Arbeitsnachweise unter Befestigung der partiellierten Verwaltung herbeizuführen, sind geeignet, der Arbeiterklasse den mühsam erzwungenen Einfluß auf die Arbeitsvermittlung illusorisch zu machen.

Bei der Beratung der Vorlage am Donnerstag wird es sich also darum handeln, ob bereits bei dieser Gelegenheit die von uns berührte Frage in ihrer ganzen Breite aufgerollt werden soll oder ob weiter in der vergrößerten Deputation, die für das städtische Arbeitsnachweiswesen geschaffen werden soll, dazu noch Zeit ist.

Singungen, die den beteiligten Kreisen von Herrn Dr. Freund gestellt wurden, nicht die Verhandlungen ins Stocken gebracht hätten. Will die Stadt Berlin das Arbeitsnachweiswesen fördern, und das ist einer der Grundgedanken bei der geplanten Uebernahme, so darf sie nicht weiter in dem Fahrwasser des Herrn Dr. Freund segeln. In einer Konferenz, die im Jahre 1915 beim Reichsanzeiger stattfand, wurde eine Eingabe an Bundesrat und Reichstag über die Arbeitsnachweisfragen verhandelt, die später in Gestalt einer Resolution vom Reichstag angenommen wurde. Diese Resolution sagt u. a.:

Die Arbeitsvermittlung werden von der Verwaltung des Arbeitsnachweises gewährt. Sie müssen, soweit die Facharbeitsnachweise und die Berufsabteilungen des öffentlichen Nachweises in Frage kommen, mit den Verhältnissen des Berufes vertraut sein, für den der Arbeitsnachweis erdichtet ist.

Diese Grundzüge, klipp und klar, hätte sich auch die Moosratsvorlage zu eigen machen sollen, anstatt in einer der wichtigsten Fragen zwischen Ja und Nein hin und her zu pendeln.

In der Vorlage wird auch die Errichtung eines Städtischen Arbeitsamts für eine kommende Zeit in Aussicht gestellt, sowie die Anstellung eines wissenschaftlich gebildeten Direktors mit einem Anfangsgehalt von 8500 M. steigend bis 10 000 M. Diese Stellung ist in der letzten Nummer des Gemeindeblatts bereits ausgearbeitet.

Uns möchte scheinen, als ob es bei der Befehung dieses Postens weniger auf theoretische Wissenschaftlichkeit als auf mehr praktische Wirksamkeit ankommen werde.

Die Stadtverordnetenversammlung wird aus den vorgetragenen Gründen die Vorlage sachgemäß und gewissenhaft zu prüfen haben.

Die sozialistische Friedensagitation in England.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Es scheint ein bemerkenswertes Symptom, daß jetzt in der englischen Presse Berichte über die sozialistische Friedensagitation zu finden sind, die man — von ständigen Erwähnungen in Wochenblättern abgesehen — mehr oder minder freiwillig folgendem verleiht hat. So berichtet der „Manchester Guardian“ vom 2. d. M. über eine Rede Mac Donalds in Coventry, die ein kleines Häuflein Värmacher vergebens zu stören versucht hat. Mac Donald trat für einen „politischen Frieden“ an Stelle des „militärischen Friedens“ und für die internationale Beilegung der Konflikte ein.

Ebenso mißlingen die Absichten der „patriotischen“ Ständemacher in den Versammlungen, die Genosse Philipp Snowden in Oldham und Rochdale abgehalten hat. In der ersten, von mehreren hundert Personen besuchten Versammlung waren, wie der „Manchester Guardian“ sagt, zwei oder drei Zwischenrufer, die aber anscheinend die einzigen Anwesenden waren, die mit dem Redner nicht sympathisierten. Snowden sprach u. a. über die verschiedenen Methoden, die man anwende, um Menschen oder Geld für den Krieg zu bekommen. Von den Volksmassen verlange man alles, was sie zu geben hätten, die Besitzenden müsse man mit hohen Zinsen zu Geldspendern gewinnen. In den großen Anleihezeichnungen drückten sich nur die übermäßigen Kriegsgewinne aus, die Mehrzahl der aus dem Felde Heimkehrenden aber werde wieder auf der untersten Sprosse der sozialen Leiter zu beginnen haben: Wenn die Leute über die Vernichtung des deutschen Militarismus sprechen, so sprechen sie über etwas, was es nicht gibt. Der Militarismus hat keine geographischen Grenzen. Es ist ein Geist, der überall herrscht. Der einzige Unterschied zwischen dem Militarismus in England und dem in Deutschland ist, daß in ersterem Land jahrhundertlang Kampfe der zivilen Autoritäten die Kontrolle gegeben haben. Aber seit 1914 haben die Militäristen ihre gute Gelegenheit wahrgenommen und sind nun oben auf. Zur Besprechung der Antwortnote an Wilson übergehend fragte Snowden, welches Interesse England am Besitz Konstantinopels durch Rußland habe. Jeder mann fordere einen dauernden Frieden, aber dieser sei nicht möglich, wenn in irgendeiner Nation das Gefühl angehenen Unrechts zurückbleibe. Nichts sei wichtiger als das Verbot vom Kampf bis zum letzten Mann und zum letzten Schilling: „Eine Nation wie Deutschland kann nicht ganz vernichtet werden und die von den Verbündeten genannten Bedingungen sind solche, die nicht diskutiert werden können. Wenn Deutschland seine Bedingungen bekannt gibt und vorbehaltlos Belgien aufzugeben und sein Volk voll zu entschädigen einwilligt — weniger kann auch der extremste Friedensfreund nicht annehmen — wird keine Frage übrig bleiben, die nicht durch Verhandlungen gelöst werden kann.“ Zum Schluß sprach Snowden sehr scharf gegen die Projekte der Pariser Wirtschaftskonferenz: „Es ist kein Frieden in Europa möglich, wenn die eine Hälfte der Nationen die andere wirtschaftlich unzubringen trachtet. Würde England einer solchen schutzlosen internationalen Gemeinschaft beitreten, würde seine Flotte als das größte Werkzeug der Tyrannei in der Welt gelten.“

In Rochdale sprach Snowden gleichfalls in einer großen Versammlung, besonders über die Beschränkung der Meinungsfreiheit: „Die Presse füttert das Volk mit Lügen. Dürfte sie die Wahrheit sprechen, wäre in keinem Land der Krieg möglich.“ Militarismus und Demokratie seien ewig unvereinbar. Heute sei es klar, was hinter der Dienstplicht stehe, der industrielle Dienstzwang. Kein vernünftiger Mensch glaube, daß die Regierung die Versprechungen, die sie den Gewerkschaften gegeben habe, halten werde.

Wilson-Botschaft und Monroe-Doktrin.

Aus Washington wird dem Wolffschen Bureau vom Freitag durch Funkpruch gemeldet: Die Aussprache über Wilsons Botschaft, betreffend einen Friedensschluß, wird im Senat wahrscheinlich Montag wieder beginnen, da dann Senator Borah (Republikaner), wie er heute erklärt hat, seinen gestern eingebrachten Beschlusantrag zur Besprechung bringen will, der ausspricht, es werde für Amerika gefährlich sein, von den Grundgedanken der Monroe-Doktrin abzugeben. Der Beschlusantrag fordert den Senat auf, die Lehre Washingtons, Jeffersons und Monroes zu bekräftigen, daß man es vermeiden solle, sich in Bündnisse zu verstricken. Demokratische Senatoren haben gedroht, sie würden einer Aussprache über den Beschlusantrag nicht widersprechen, da er mit Wilsons Botschaft nicht im Widerspruch stehe, die ihrer Meinung nach keine Abweichung von der Monroe-Doktrin empfehle, sondern einfach ihre Ausdehnung auf die ganze Welt.

Anläufe gegen Briand.

Bern, 28. Januar. Laut „Anon“ Blättern ist aus der der Geheimnisung folgenden öffentlichen sehr bewegten Kammer-Sitzung nachzutragen:

Der Sozialist Bon, der ständig unterbrochen wurde, forderte, daß die Verhandlungen der Geheimitzungen schnellstens bekannt gegeben werden, damit die Öffentlichkeit die Unentschiedenheit, Unzulänglichkeit und Schwäche der Regierung kennen lerne. (Minutenlanger Tumult.) Von Sarris. Briand habe nichts getan, nicht einmal die Einheit unter den Alliierten verwirklicht. (Neuer Tumult und Zwischenrufe, besonders von den Sozialisten, die erklären, von Sarris spreche nur im eigenen Namen.) Vénouzi rief, Briand habe auf die wichtigsten Fragen nicht geantwortet. Seine Politik der Unzulänglichkeit dürfe man nicht gutheißen. Von wollte weiter sprechen, mußte aber unter lautem Lärm die Tribüne verlassen.

Der Sozialist Sédauce verlangte größere Befähigung der Entente-Diplomatie. Zur Lage in Griechenland äußerte Sédauce, man wolle diesen Kleinstaat nicht zur Aufgabe der Neutralität zwingen, wolle auch nicht, daß das Blut des kleinen Volkes für die Entente vergossen werde. (Bei dieser Aeußerung erfolgte der Zuruf von der äußersten Linken: Wir verlangen Sanktion gegenüber Journalen.) Der konservative Konziß ging noch weiter und verlangte „Sanktion“ gegenüber dem französischen Gesandten in Athen.) Sédauce fuhr fort: „Wir stimmen nicht der Regierung zu, sondern nur ihres gemäßigten Politik. Briands Politik laßt niemals auf jenen Grad von Erniedrigung wie diejenige Delcassés. (Große Bewegung, Delcassé, der anwesend ist, bleibt unbeweglich sitzen.) Sédauce führte weiter aus: Ich ärgere mich meinem Kollegen Delcassé, sondern dem Minister des Äußeren Delcassé, der unser Land unter Bedingungen verpflichtete, die wir heute noch nicht kennen. (Stürmischer Lärm.)

Nach weiteren Ausstellungen von der Rechten, die jedoch für die Regierung stimmen zu wollen erklärte, wurde die Tagesordnung unter andauernder Unruhe angenommen. Die nächste Sitzung findet Dienstag statt: Interpellation über die Kohlennot.

Die Nachmusterung.

Paris, 28. Januar. Nach Besprechung mit Unterstaatssekretär Bégnard und im Einvernehmen mit der Regierung legte der Vizepräsident der Kammer betreffs des Nachmusterungsantrages fest, daß nur die vor dem Kriege zurückgestellten für untauglich Befundenen nachgemustert werden sollen. Die Ausgemusterten sollen die gleiche Zahl Mannschaften der ältesten Jahrgänge der Front ersetzen, welche im Landesinteresse für Landesverteidigungszwecke beschäftigt werden sollen.

Die Vergewaltigung Griechenlands.

Die Agence Havas meldet aus Athen: Der Minister des Äußeren hat am Sonnabend dem französischen Gesandten zur Kenntnis gebracht, daß entsprechend den Forderungen der Entente vom 18. Dezember General Kallaris, der zur Zeit der Ereignisse am 1. und 2. Dezember kommandierender General des 1. Armeekorps war, seines Kommandos entbunden worden ist.

Ferner ist dem Gesandten mitgeteilt worden, daß die königliche Regierung vom König dazu ermächtigt worden ist, alle Verbindungen, die man als schädlich für die Staatsinteressen betrachte, aufzulösen, und daß die königliche Regierung gemäß der übernommenen Verpflichtung am Freitag zur Auflösung des Reservistenverbandes geschritten ist.

Aus dem Piräus meldet dieselbe Agentur: Der Kommandant der auf Korfu stationierenden griechischen Division hat von der königlichen Regierung den Befehl erhalten, die Truppen nach Patras zu führen. Auf der Insel wird nur eine Abteilung von 200 Mann verbleiben. Der Befehl über diese wird einem Offizier übertragen werden, dessen Loyalität gegenüber der Sache der Entente sicher ist.

Die spanischen Cortes geschlossen und wieder eröffnet.

Madrid, 27. Januar. (Funkpruch vom Vertreter des Wiener A. A. Telegraphen-Bureaus.) Durch königlichen Erlass wurde die Parlamentssession 1916 geschlossen und die Eröffnung der neuen Session auf den 29. Januar angelegt. Dadurch wird es der Regierung ermöglicht, die früher eingebrachten Gesetzesentwürfe abzuändern und einen neuen parlamentarischen Arbeitsplan zu entwerfen.

Diese Gesetzesentwürfe dürften die Steuerpläne sein, über die sich sowohl Landwirtschaft wie Kapital so heftig erregten, daß Graf Romanones in bedenkliche Schwierigkeiten und bis an den Rand einer Kabinetttskrise geriet. Sofern es wirklich nur diese innerpolitischen Fragen waren, die ihm die Ministerkrise legthim schwer machten.

Attentatsgerüchte.

Aus Madrid laufen Nachrichten von einem Attentat auf den Zug des Königs von Spanien ein. Sie sind in Spanien schon einige Tage alt und hatten dort, wie aus einem vom 26. Januar datierten Madrider Telegramm der „Frankf. Zeitung“ hervorgeht, die Form, daß es sich um ein Attentat auf Romanones handle, das bei dessen Rückkehr von der Jagd in Gesellschaft des Königs versucht wurde. Wie der spanische Minister des Innern mitteilt, wurden bei Sevilla kurz nach der Durchfahrt des Zuges, in dem Romanones nach Madrid reiste, zwei Holzschwellen auf dem Geleise gefunden, die jedoch von den Rädern zertrümmert waren. An diesen Fund schließt sich jetzt eine Polizeiaktion an, auf die sich folgende Meldungen beziehen:

Madrid, 28. Januar. Havas meldet: Die Blätter melden, daß die Polizei infolge des Anschlages auf den königlichen Zug ein Individuum verhaftet und durchsucht hat, das auf französisch und englisch sprach und einen Brief bei sich hatte, der in unentzifferbaren Ausdrücken geschrieben und aus Barcelona datiert war. Mehrere andere Verhaftungen stehen bevor. Die Polizei hat zwei Bleistücke von etwa 50 Kilogramm Gewicht gefunden, das eine auf dem Bahnlörper, das andere nahe dabei. Der Minister des Innern hat sich bei einer Unterredung sehr zurückhaltend gezeigt, um die im Gange befindlichen Untersuchungen nicht zu durchkreuzen.

Bern, 28. Januar. „Anon“ Blätter melden zu dem Anschlag auf den Zug des Königs von Spanien, daß einer der Verhafteten wahrscheinlich ein Spanier namens Rafael Duran, der andere ein Portugiese namens Tiúto ist.

Die Holzschwellen haben sich also bereits in Bleistücke verandelt, und das Individuum, das in Ententezungen zu reden versteht, entpuppt sich nach ententeländischem Verstand als wahrhaft spanisch oder portugiesisch.

Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß irgendwelche Kreise diesen nicht gerade arg aussehenden Vorfall zu politischen Zwecken ausbauen möchten. In der Regel geschah das mit der Folge, daß an politische Rechte und Freiheiten Hand angelegt wurde. Aber diese sind in Spanien, solange der Westkrieg die Politik aller Länder beherrscht, längst verfallen. Und immer war jene Methode ein Zeichen, daß eine Regierung von der Sicherheit ihres Bestandes oder Systems nicht mehr fest überzeugt war.

Kämpfe im Westen.

Höhe 304.

Ueber den Verlauf der Kämpfe am 28. Januar auf dem Westufer der Maas meldet General der Infanterie von François:

8 Uhr vormittags legten die Franzosen zum Angriff auf unsere neuen Linien auf Höhe 304 ohne Artillerievorbereitung an. In unserem gut zu beobachtenden Feuer kam der Gegner nur an einzelnen Stellen aus den Gräben und wurde abgewiesen.

12 Uhr mittags begann starkes feindliches Feuer, das sich 2 Uhr nachmittags zum Trommelfeuer steigerte. 3 Uhr 15 Minuten nachmittags brach feindliche Infanterie auf der ganzen Front zum zweiten Angriff vor, wurde aber durch Infanterie-, Handgranaten- und Sperrfeuer zurückgeworfen.

Ein dritter Angriff um 3 Uhr 40 Minuten nachmittags kam in unserem wirksamen Vernichtungsfeuer nur stellenweise aus den Gräben.

Darauf setzte wieder starkes Artilleriefeuer auf unsere vorderen Gräben ein: 4 Uhr nachmittags erfolgte der vierte Angriff, der vom Infanterie-Regiment 13 und dem Reserve-Infanterie-Regiment 109 im Handgemenge abge schlagen wurde. Infanterie-Regiment 13 stürmte dem Gegner aus den eigenen Gräben entgegen und trieb ihn zurück. Alle Stellungen sind restlos gehalten.

Der Gegner hat schwere blutige Verluste erlitten, während die eigenen gering sind. Die Stimmung der Truppen ist siegesfroh und ausgezeichnet.

Französischer Geeresbericht vom 28. Januar nachmittags: Auf dem linken Maasufer Handgranatenkampf in der Gegend östlich der Höhe 304. Auf dem rechten Ufer führten die Franzosen am Abend einen Handstreich aus, der völlig gelang. Sie fanden zahlreiche Leichen und brachten eine beträchtliche Beute ein. In Lothringen Artillerietätigkeit in den Abschnitten von Renoncourt und des Bezangewaldes.

Fliegerkämpfe.

Bei klarem Frostwetter herrschte am Sonnabend auf der ganzen Westfront rege deutsche Fliegerätigkeit. Die feindlichen Flieger hielten sich auffallend zurück; in der Hauptsache beschränkten sie sich auf Flüge hinter ihren Linien.

Die Fernaufklärung wurde bis ans Meer durchgeführt. Von ihren Flügen brachten die Beobachter wichtige Meldungen über den Verkehr hinter der feindlichen Front zurück. Die wertvollen Erkundungsergebnisse wurden in zahlreichen Lichtbildern festgelegt. — Calais, Boulogne, Caples, Amiens, Toul, Ypern und Montbelliard sind dabei erneut von uns fotografiert worden. Der Bahnhof Grand wurde unter Fliegerbeobachtung mit schwerstem Geschütz beschossen, feindliche Batterien und Unteroffiziersräume westlich Peronne, Bahnhof Rosieres, feindliche Lager bei Copy und Bray in zwei aufeinanderfolgenden Nächten ausgiebig mit Bomben beschossen. Eins unserer Kampfschwärme belegte mit beobachtetem Erfolg Reuvel Raifons südlich Nancy mit 1000 Kilogramm und Dombasle mit 550 Kilogramm Bomben. Französische Truppenlager im Forest de Sahe bei Toul wurden aus geringer Höhe mit Maschinengewehrfeuer angegriffen.

Eine besonders seltene Tat vollbrachte ein Flugzeug, indem es die Eisenbahnbrücke über die Aisne 20 Kilometer südlich Stapes aus 30 Meter Höhe mit 40 Bad Sprengladungen bewarf. Der Erfolg war der beabsichtigte. Die Explosionen zerstörten den ganzen Bahnkörper. Das gleiche Flugzeug griff sofort nach der Sprengung einen fahrenden Eisenbahnzug nördlich der Brücke mit Maschinengewehr an, brachte ihn zum Stehen und schoß einen Wagen in der Mitte des Zuges in Brand.

Im Luftkampf und durch Abwehrfeuer holten wir fünf feindliche Flugzeuge herunter. Im Osten wurde ein russisches Flugzeug brennend zum Absturz gebracht.

Englischer Geeresbericht vom 28. Januar: Heute früh drangen wir in feindliche Gräben nordöstlich von Reuville-St. Vaast ein, fügten dem Feinde viele Verluste zu, bewarfen Unterstände mit Bomben und machten Gefangene. Ein anderer erfolgreicher Vorstoß nordöstlich von Jettubert endete mit der Einbringung von Gefangenen; unsere Verluste waren gleich Null. Weiderteilige Artillerietätigkeit nördlich der Somme. Vier deutsche Flugzeuge wurden im Luftkampf zerstört.

Der türkische Kriegsbericht.

Konstantinopel, 28. Januar. Amtlicher Geeresbericht. Kein wichtiges Ereignis an den Fronten.

Englischer Bericht aus Mesopotamien: In der Nacht vom 26. auf den 27. erneuerte der Feind seine Versuche, das am 25. Januar verlorene Gelände wieder zu gewinnen; er wurde mit schweren Verlusten abgewiesen. In der Frühe des 26. griffen wir die von den Türken in Gegenangriffen am 25. wieder besetzten Gräben an und nahmen sie wieder in Besitz. Am Nachmittag des 26. machte der Feind zwei heftige Gegenangriffe, die in unserem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer völlig zusammenbrachen; der Feind hatte schwere Verluste. In den von einer unserer Brigaden besetzten Gräben fanden wir 400 türkische Leichen, während unsere Brigade nur einen Verlust von 200 Mann hatte. Wir besetzten jetzt unseren Gewinn.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 28. Januar. Generalstabsbericht vom 28. Januar. Mazedonische Front: Vom Prespa-See bis zur Struma nur an einigen Stellen das übliche vereinzelte Infanterie-, Maschinengewehr- und Artilleriefeuer. Im Wardarale Fliegerätigkeit. An der Küste des Regäischen Meeres zwischen Struma und Kamalla lebhafte Tätigkeit feindlicher Flugzeuge. Ein englisches Flugzeug fiel nördlich von Kamalla zu Boden. Der Flieger wurde gefangen genommen. Das Flugzeug ist unverfehrt.

Rumänische Front: Vereinzelt Geschützfeuer auf beiden Ufern der Donau bei Saccœa und Galag.

Saharaländer in Aufruhr.

Paris, 29. Januar. Laut „Le Temps“ erklärt der Generalgouverneur von Französisch Westafrika, daß die Finanzlage der Kolonie dank den hohen Einnahmen und Ausfuhrzöllen zwar günstig sei, die politische Lage jedoch zu Bedenken Anlaß gebe. Seit Ende 1915 habe sich infolge der Aushebung von 10 000 Eingeborenen eine aufrührerische Bewegung geltend gemacht, welche nach Rührerfolgten der zu ihrer Besämpfung nach dem Nigerbogen entlandten Truppen einen bedenklichen Umfang annahm und erst nach sechsmonatigen sehr energischen Bemühungen in den Aufstehengebieten niedergelämpft worden ist, während bei Timbuktou, im Tschadgebiet und in der ganzen französischen Sahara und im französischen Äquatorialafrika augenscheinlich mit dem Zustand in Tripolitanien zusammenhängende Un-

rufen weiterbestehen. Die Aufständischen rekrutierten sich zumeist aus Getreidestehlen. Ferner erklärt der Generalgouverneur, daß zwischen Französisch-Westafrika und Marroko die Verbindung hergestellt sei, so daß die Verwaltungsbezirke beider Gebiete gemeinsam eine — beruhigende Aktion auf die Anhänger des nach Südmarroko geschickten Vizepräsidenten El Hiba, dessen Autorität sich bis nach Äquatorialafrika erstreckt, unternehmen könnten.

Der Krieg auf den Meeren.

U-Boote an der Arbeit.

Berlin, 20. Januar. Ein dieser Tage von einer Unternehmung zurückgekehrtes Unterseeboot hat elf Fahrzeuge mit 32469 Tonnen, ein anderes acht Schiffe mit 22244 Tonnen versenkt. Unter den 19 Schiffen befanden sich sieben Dampfer mit Kohlenladung nach feindlichen Ländern, zwei Dampfer mit 13 200 Tonnen Weizen nach Frankreich und England, ein Dampfer mit Viehladung nach England. Der Rest der versenkten Schiffe hatte u. a. Granatholz, Fische, Fisch und sonstige Waren geladen. Von dem ersten U-Boot wurde außerdem ein 6 Zentimeter-Geschütz erbeutet, durch das zweite U-Boot neun Gefangene eingebracht.

Ein drittes Unterseeboot hat in den Tagen vom 12. bis 22. Januar insgesamt dreizehn Fahrzeuge versenkt von zusammen etwa 12000 Tonnen. Unter ihnen befanden sich vier Schiffe mit Kohlen, 6 mit Granatholz, 1 mit Erz, 1 mit Fez und 1 mit gemischter Ware.

Schließlich hat ein Unterseeboot drei englische Fischdampfer auf- und in den heimischen Häfen eingebracht. Die drei Dampfer werden der deutschen Seefischerei zur Verfügung gestellt werden.

Scheinbefehle bewaffneter Handelsschiffe.

Für den Kampf von U-Booten mit bewaffneten Handelsschiffen sind folgende Mitteilungen des Weissen Büros beachtenswert: In der Denkschrift der Kaiserlich Deutschen Regierung über die Behandlung bewaffneter Handelsfahrzeuge vom 11. Februar 1916 sind die Scheininstruktionen der britischen Admiralität veröffentlicht, die sich auf die Benutzung und Instandhaltung der Bewaffnung auf Kaufahrtschiffen, die zu Verteidigungszwecken bewaffnet sind, beziehen und auf den am 8. November 1915 im Mittelmeer vertriebenen bewaffneten englischen Dampfer „Woodfield“ von einem unserer U-Boote erbeutet wurden. Unter anderem belegen diese Instruktionen, daß der armierte Dampfer auch dann das Feuer zu eröffnen hat, wenn das feindliche U-Boot noch keine entschieden feindliche Handlung, wie zum Beispiel Abfeuern eines Geschützes oder Torpedos begangen hat.

Am 20. Oktober 1916 ist auf einem französischen Handelsschiff die Geheiminstruktion des französischen Marineministeriums in die Hände gefallen, welche den gleichen Gegenstand behandelt. Aus dem Inhalt des Schriftstückes sind folgende Sätze von aktuellem Interesse:

„Manöver im Falle des Angriffs. Sobald ein U-Boot, das angetrieben fährt, bemerkt wird, drehe man ihm das Heck zu, bringe die Maschinen zur Entwicklung höchster Geschwindigkeit und schlage, wenn man sich auf offener See befindet, einen solchen Kurs ein, daß das U-Boot gezwungen wird, um näher heranzukommen, gegen die See anzufahren, wodurch seine Geschwindigkeit herabgedrückt und seine Artilleriewirkung beeinträchtigt wird. Man eröffne das Feuer, sobald das U-Boot sich in guter Schußweite befindet.“

Wenn das Schiff gesenkt wird und das U-Boot infolge seiner größeren Geschwindigkeit näher kommt, zögere man nicht, bevor es zu nahe gekommen ist, umzudrehen und das U-Boot zu überlaufen.

Wenn ein getauchtes U-Boot auf nahe Distanz bemerkt wird, bringe man seine Maschinen zur Entwicklung größter Geschwindigkeit und drehe auf das U-Boot zu oder von ihm ab, je nachdem man es weniger oder mehr als 6 Strich von vorn stellt. Wenn man ihm den Bug zukehrt, bemähe man sich, es zu überlaufen.

Wenn das getauchte U-Boot in genügend weiter Entfernung bemerkt wird, manövriere man so, als wenn man ein aufgetauchtes U-Boot vor sich hätte.“

Versenkt. Aus Kapstadt meldet Reuters: Der Kapitän und die ganze Besatzung der von einem deutschen Unterseeboot am 4. Januar versenkten russischen Bark „Kude“ wurden hier gelandet.

Politische Uebersicht.

Abschaffung der elsass-lothringischen Verfassung?

In der „Post“ polemisiert der freiservativste Führer Oktavio Freiherr von Zedlitz gegen Genossen Wolfgang Heine, der in einem Artikel des „B. Z.“ das Reichstagswahlrecht für Preußen verlangt hat. Herr von Zedlitz vertritt bekanntlich die Idee der Einführung eines Pluralwahlrechts nach schäffischem Muster, und was er in dieser Beziehung sagt, ist nicht weiter neu und interessant. Um so auffälliger sind die Sätze, die er an eine belläufige Bemerkung des Genossen Heine knüpft. Genosse Heine hatte daran erinnert, daß die Regierung in Preußen zum größten Teil aus denselben Männern bestände, die 1911 das Botum Preußens im Bundesrat für das gleiche Wahlrecht in Elsass-Lothringen zu verantworten hatten, und fragt, wie diese sich der moralischen Notwendigkeit entziehen wollten, dieselben Grundzüge auch für Preußen anzuerkennen. Herr von Zedlitz erwidert hierauf:

Geradezu selbstam aber mußt es an, wenn Herr Heine die Verfassung Elsass-Lothringens nicht nur als Vorbild für die Ordnung des Wahlrechts in Preußen, sondern auch als tatsächlichen Ausgangspunkt für die Umwandlung der preussischen Verfassung vorschlagen zu können glaubt; denn nach den Erfahrungen, welche seit der Einführung der jetzigen Verfassung im Reichslande gemacht sind, besteht wohl überall, wo man klar sehen kann und klar sehen will, kein Zweifel darüber, daß jenes Verfassungswort einer der schwachen politischen Fehler war, welche niemals auf dem Gebiete der Reichspolitik gemacht worden sind. Abgesehen von dem „Vorwärts“, welcher nach der Scheidemannschen Schwablonen von der Ausgestaltung des Reichslandes zu einem Bundesstaate phantasiert, hält zurzeit wohl niemand mehr die Beibehaltung der elsass-lothringischen Verfassung für möglich. Scheint doch sogar ernstlich die Aufstellung von Elsass-Lothringen unter verschiedenen Bundesstaaten erwogen zu werden! — Dieser Plan würde allerdings vom Standpunkte der gesunden Entwicklung der Reichsverfassung nicht unerheblichen Bedenken unterliegen, denn er schließt die Gefahr in sich, daß in den inneren Organismus des Reichs ein Fremdkörper hineinkommt, und daß sich ein für die

innere Festigkeit und Kraft bedenklicher Dualismus entwickeln könnte. Ungleich richtiger wäre zweifellos die Wiederangliederung der Reichsländer an einen großen Einheitsstaat.

Nicht aus irgend einer „Schablone“, das mag sich Herr von Zedlitz selbst lassen, „phantasiert“ der „Vorwärts“ von der bundesstaatlichen Ausgestaltung Elsass-Lothringens, sondern weil die Erhebung Elsass-Lothringens zum Bundesstaat der einzige Weg ist, der dem Selbstbestimmungsrecht dieses Volksteils Genüge leistet.

Höchst überflüssige Erregung.

Die alldeutschen Blätter, auf die der Name Scheidemann wie ein rotes Tuch auf ein gewisses Tier wirkt, haben sich einmal wieder in künstliche Erregung hinein über eine Rede, die Genosse Scheidemann in Heidelberg gehalten hat. Genosse Scheidemann hat im Verlauf seiner Ausführungen, über die übrigens einstellend nur sehr unvollkommene telegraphische Mitteilungen vorliegen, die unanfechtbare historische Reminiscenz gemacht, daß hauptsächlich die Amnektion Elsass-Lothringens Frankreich in die Arme Russlands getrieben und das Bündnis zwischen Russland und Frankreich möglich gemacht habe. Die „Berl. N. Nachr.“ reden deswegen von einem „neuen reichsgefährlichen Vortrag“ Scheidemanns. Die „D. Tagesztg.“ widmet ihm gleich zwei Artikel in derselben Nummer, deren einer nachweisen will, daß Scheidemann sich durch diesen Ausdruck mit sich selbst und der übrigen Sozialdemokratie in Widerspruch gesetzt habe. Zu diesem Zweck wurde eine Anzahl sozialdemokratischer Pilote (wir könnten dem Verfasser leicht noch mehr nennen) aus sozialdemokratischem Pande angeführt, die scharf gegen die französischen Rädereberungsgelüste und für das Verbleiben Elsass-Lothringens beim Reiche sich ausprechen. Wir können dem Verfasser versichern, daß die in diesen Ausdrücken niedergelegte Ansicht die der gesamten Sozialdemokratie und auch des Genossen Scheidemann ist. Wenn er einen Widerspruch entdeckt, so liegt dessen Schuld allein in den Wängeln seines eigenen logischen Denkens. Der Ausdruck des Genossen Scheidemann betröflet weder, was der Verfasser mit Empörung anführt, daß Elsass-Lothringen ursprünglich von Frankreich Deutschland entziffen wurde, noch daß seine Bevölkerung überwiegend deutsch ist, noch daß die lothringische Eisen- und Stahlindustrie ein wichtiges Glied der deutschen Volkswirtschaft bildet. Aber durch alles das wird nicht ein Jota an der historischen Tatsache geändert, daß die Amnektion Elsass-Lothringens im Frankfurter Frieden Frankreich an die Seite Russlands getrieben hat.

Um das Reichsgetreidemonopol.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat, wie wir mitteilten, die Nachricht von einem kommenden Reichsgetreidemonopol für „aus der Luft gegriffen“ erklärt. Dazu bemerkt das „B. Z.“, das die Meldung verbreitet hatte:

Wir möchten dazu bemerken, daß, wenn auch noch kein förmlicher Beschluß über die Beibehaltung des Handelsmonopols vorliegt, doch in den beteiligten Regierungsstellen Einigkeit über diese Frage herrscht. Unterstaatssekretär Dr. Michaelis, der Leiter der Reichsgetreidestelle, hat ja selbst kürzlich in seinem Vortrag über „Kriegsgetreide jetzt und später“ darauf hingewiesen, daß zum mindesten in der Uebergangszeit mit dem staatlichen Getreidemonopol bestimmt zu rechnen sei, und an gut unterrichteter Stelle glaubt man mit ziemlicher Sicherheit, daß die Beibehaltung des Handelsmonopols auch in der Friedenszeit nur eine Frage der Zeit ist.

Wir meinen, daß die Erörterungen über die Dedung der künftigen Finanzlagen nicht durch die falsche Mode abgetan werden können, der sich auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ angeschlossen hat, daß man auf die Möglichkeit einer Kriegsentwöhnung hinweist.

Vom Beirat des Kriegswucheramts.

Gestern hielt der Beirat des Kriegswucheramts seine erste Sitzung ab. Den Vorsitz führte der Polizeipräsident v. Dypen. Der Leiter des Kriegswucheramts, Regierungsrat Dr. Doye, gab einen Ueberblick über die Einrichtungen, Aufgaben und Maßnahmen des Amtes. Am 15. August 1916 begann es mit wenigen Beamten seine Tätigkeit. Heute ist die Zahl seiner Mitglieder und Hilfsarbeiter auf mehr als 100 angewachsen, unter denen sich auch zwei weibliche „Kriminalschulkleute“ befinden. Dem Kriegswucheramt stehen 230 Sachverständige aus allen Gebieten des Handels und Gewerbes zur Seite. Dem preussischen Kriegswucheramt haben sich bisher angeschlossen die Bundesstaaten Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Anhalt, Thüringen-Rudolstadt, Neuh. Bremen, Württemberg und Bayern sind eigene Kriegswucherämter nach dem Berliner Muster gebildet worden. Alle diese Ämter arbeiten Hand in Hand in der Bekämpfung des Wuchers, der Rohrungsmittelhinterziehung, des Kettenhandels und sonstiger unzulässiger Behebungen im Verkehr mit Gegenständen des täglichen Bedarfs. Das Kriegswucheramt faßt solche Wucherer ohne Ansehen der Person oder des Standes. Staatsanwalt Dr. Fald schilderte eine besondere Form des Kriegswuchers, den „Kettenhandel“.

In die Referate schloß sich eine sehr lebhaft ausgeführte Diskussion an, die die Auffassung vertretet, daß der Kriegswucher und auch der Kettenhandel noch blühe, daß deshalb die Tätigkeit des Kriegswucheramts die weiteste Unterstützung des Publikums, des Verbrauchers, oder auch des Verkäufers, der ordentlichen Kaufleute und Gewerbetreibenden, verdiene.

Friedberg gegen Stresemann.

In den „Deutschen Stimmen“ behandelt Dr. Friedberg, der Führer der Nationalliberalen im preussischen Abgeordnetenhaus, die Frage der Abberückung unserer Kriegsschulden. In seinen Ausführungen, auf die wir sonst nicht näher eingehen wollen, findet sich folgende beachtenswerte Stelle:

„Es kann nicht wundernehmen, daß gegenüber einer so überaus schwierigen Lage noch radikalere Projekte laut werden. Hat doch kürzlich ein Herr, der sich in volkswirtschaftlichen Fragen ganz heftig, den beneidenswerten Mut geholt, eine Konfiskation des Vermögens bis zu einem Drittel herzuschlagen, um dadurch mit einem Schlag die gesamten Kriegsschulden abzutragen.“

Dieser Herr mit dem beneidenswerten Mut ist bekanntlich Herr Friedbergs nationalliberaler Parteigenosse Dr. Stresemann. Doch sein Vorschlag in der eigenen Partei Entsetzen erregen würde, war allerdings vorauszusetzen.

Ihre Auffassung.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hat eine scharfsinnige Einberückung gemacht: In ihrem Kaiser-Geburtsstags-Artikel beweist sie, daß der Kaiser sogar moralisch verpflichtet sei, den Ueberanngelassen die Stange zu halten, denn „nicht umsonst heißt

es in der Verfassungsurkunde des Reichs, daß der Kaiser allzeit Mehrer des Reichs zu sein gelobe“.

Es ist bedauerlich, daß die „Rheinisch-Westfälische“ ihren scharfsinnigen Gedanken nicht konsequent durchgeführt hat. Denn der Kaiser gelobt ja „allzeit“ Mehrer des Reichs zu sein. Ergo darf er — immer die Auffassung der „Rheinisch-Westfälischen“ von der Bedeutung dieses Satzes als richtig vorausgesetzt — gar nicht aufhören, dem Reich neue Gebiete zuzuführen, er muß also einen Krieg nach dem anderen anfangen, bis das letzte Winkelchen der Erde zum Deutschen Reich gehört. Es geht nichts über juristische Auslegungsfunk!

Schneeschaufler heraus!

Das Oberkommando in den Marken richtet folgenden Aufruf an die Bevölkerung Groß-Berlins:

Seit Tagen fällt Schnee; er häuft sich in den Straßen und hemmt den Verkehr. Die Männer, die sonst dafür sorgen, binnen 24 Stunden die Straßen freizumachen, stehen draußen gegen den Feind. Wer soll hier ihre Arbeit verrichten? Können wir ruhig zusehen, wie die armen Pferde ihre letzte Kraft hergeben, um die Lasten von der Stelle zu bringen, und es doch nicht können?

Die Pferde ziehen Kriegsgut! Kriegsgut darf nicht liegen bleiben. Jede Verzögerung nützt dem Feinde! Können wir das dulden?

Freiwillige vor! Keine Arbeit schändet, die dem Vaterlande hilft, wo und wie es auch sei.

An die Hausbesitzer und Vermieter wende ich mich in erster Linie. Jeder schaffe vor seinem Grundstück den Schnee vom Strohkendamm soweit zur Seite, daß freie Bahn für den Verkehr entsteht. Nicht der Bürgerkrieg ist jetzt die Hauptsache, sondern der Strohkendamm, damit auf ihm die Frachten und Güter in die Fabriken rollen, damit ein jeder seine Rollen, sein Wohl, seine Karriere und was sonst zum Leben unentbehrlich ist, zur rechten Zeit erhalte. Wer hierzu mithilft, dient allen, dient dem Vaterland!

Nicht die eigene Kraft nicht aus, so wende der Hausbesitzer sich getrost an jeden geeigneten Bewohner seines Hauses und rufe ihn zur Hilfe auf. Ich vertraue, daß keiner, der helfen kann, sich der Mithilfe verweigern wird!

Der Oberbefehlshaber.
geg. von Kessel, Generaloberst.

Letzte Nachrichten.

Die Beschlüsse der Berliner Brotkartengemeinschaft.

Keine Kürzung! — Kuchenverbot! — Kundenliste!

Berlin, 20. Januar. In der heutigen Sitzung des Siebener-Ausschusses der Groß-Berliner Brotkartengemeinschaft wurde beschlossen, von einer Herabsetzung der Bäckereibrotmenge abzusehen, dagegen die technischen Einzelheiten des in der vorigen Sitzung bereits beschlossenen Brotgebäts in einer Kommission auszuarbeiten. Ferner soll bei dem in der vorigen Sitzung gleichfalls in Aussicht genommenen

Kuchenverbot!

für Bäcker beherzt werden und handeln für Konditoreien die Beschränkung auf bestimmte Kuchenarten vorgeschrieben werden, die mit einem Höchstpreise belegt werden sollen. Als geeignetes Mittel, um für eine sichere Grundlags für die gleichmäßige Verteilung des Mehlens über die Gemeinden Groß-Berlins zu gewinnen, wurde die Kundenliste beschlossen. Die endgültige Verteilung wird noch im Laufe dieser Woche erfolgen.

Beute der U-Boote.

London, 20. Januar. London meldet, daß der englische Dampfer „Jedington“ (2747 Bruttoregistertonnen) versenkt worden ist, ferner die norwegischen Dampfer „Hers“, „Sibar“ und „Domstad“. Die Besatzungen wurden gerettet. Der russische Dampfer „Gare“ soll versenkt worden sein.

Das Salmas, 20. Januar. (Neuermeldung.) Der holländische Dampfer „Maasland“ landete 19 Mann der Besatzung des norwegischen Dampfers „Thraseland“, der von einem deutschen U-Boot versenkt worden ist.

Wie England die Neutralen bloßiert.

Rotterdam, 20. Januar. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Die „Times“ (schreibt: Obwohl hierzulande noch keine Berichte darüber veröffentlicht sind, wird aus Telegrammen aus Skandinavien, die die Zensur durchgelassen hat, geschlossen, daß die britische Regierung in der Nordsee neue maritime Schutzregeln plane und daß dazu die Legung eines Minenfeldes in der Höhe der jütischen Küste gehöre.

Aus Kopenhagen vom 20. Januar erzählt die „Times“: Die neue gefährliche Zone in der Nordsee wird auf die dänische Schifffahrt geringen Einfluß haben, nur die Route nach Holland wird beeinträchtigt werden müssen. Das neue Minenfeld wird aber die dänische Fischerei sehr behindern und es wird dadurch die Fahrt nach verschiedenen reichen Fischgründen erschwert.

Eine französische Skandalaffäre.

Paris, 20. Januar. Der Prozeß gegen den ehemaligen Flugzeugfabrikanten Deperdussin wird Anfang März vor dem Schwurgericht in Paris beginnen. Die Anklage lautet auf Urkundenfälschung, Unterschlagung und Betrug. Die von Deperdussin verurteilten Summen fallen sich auf 10 Millionen belaufen. Deperdussin ist seit August des Jahres 1913 in Untersuchungshaft, und der Umstand, daß der Beginn des Prozesses sich so lange verzögert, hat der sozialistischen Presse mehrfach Gelegenheit zu Angriffen gegen die französische Justiz gegeben, in denen der Fall Deperdussin als Analogie zum Fall des Prozesses gegen den Arbeiter Jaures besprochen wurde.

Zusammenstoß eines Urlaubers.

Kein Reisender verliert.

Dresden, 20. Januar. (Mitteilung der königlichen Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen.) Auf Bahnhöfen Elbsandwerra ist in der Nacht vom 20. zum 21. Januar infolge Ueberfahrens des auf Halt stehenden Einfahrtsignals durch den Güterzug 8884 der von Bittau kommende Urlauberszug 834, der freie Einfahrt hatte, dem Güterzug in die Gleise gefahren. Es wurden mehrere Wagen umgestürzt; und eine Anzahl Wagen beschädigt, wodurch ein größerer Sachschaden entstanden ist. Der im Vorwärtswagen des Personenzuges diensttunende Schaffner Jönckner aus Dresden wurde erheblich verwundet. Dem Reisenden ist niemand verletzt worden. Durch den Unfall wurden beide Hauptgleise der Linie Görlitz-Dresden gesperrt. Der Betrieb wurde durch Umstellen über Bütten aufrecht erhalten. Nachdem es gelungen ist, die Gleise über vormittags das eine Hauptgleis wieder fahrbar zu machen, wurde von dieser Zeit ab der Betrieb zwischen Bittau und Bismarck eingeleitet.

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Kündigung des Baulempner-Tarifs.

Im vorigen Jahre hatten die Baulempner die Bewilligung einer Zulage von 10 Proz. verlangt. Die Zulage hatte wenig praktische Bedeutung, denn als sie bewilligt wurde, hatten die meisten Baulempner eine entsprechende Erhöhung des Stundenlohnes durchgeführt. Die Zulage hatte nur noch für die jüngeren und die später eingestellten Arbeiter Bedeutung. Der Stundenlohn der Baulempner einschließlich der Zulage beläuft sich auf 90 Pf. 1 M., höchstens 1,25 M. Er steht also erheblich zurück hinter den Löhnen, die zurzeit in den anderen Branchen der Metallindustrie üblich sind und entspricht in keiner Weise den gegenwärtigen Preisverhältnissen. Anfang Januar richtete der Branchenleiter der Baulempner an den Obermeister der Innung ein Schreiben mit dem Ersuchen um eine nochmalige Erhöhung der Zulage, und zwar in der Höhe, daß der Stundenlohn wenigstens auf 1,40 M. steigt. Der Obermeister hat bis jetzt nicht darauf geantwortet. Es scheint also, daß auf diesem Wege die notwendige Aufbesserung des Lohnes nicht zu erreichen ist. Deshalb haben sich die Vertrauensmänner der Baulempner für die Kündigung des bis zum 1. April laufenden Tarifs entschieden und die am Donnerstag abgehaltene Branchenversammlung beschloß einstimmig, den Tarif zu kündigen.

Die Versammlung beschloß auch noch die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Baulempner. Es wurde festgestellt, daß die Stundenlöhne der Baulempner — auch der in der Kriegindustrie beschäftigten — nicht höher sind als die Stundenlöhne der Baulempner, also 90 Pf. bis 1,25 M. Allerdings wird jetzt meistens in Afford gearbeitet und bei äußerster Anspannung der Kräfte wird auch ein Verdienst bis zur doppelten Höhe des Stundenlohnes erzielt. Soweit die Lohnfrage in den Betrieben behandelt wird, dreht es sich immer nur um die Erreichung günstiger Affordlöhne und dementsprechender Abschlagszahlungen. Doch, wenn die gute Konjunktur nachläßt, werden auch nicht mehr so günstige Affordlöhne wie jetzt erzielt werden können. Deshalb wurde den Kollegen empfohlen, ihr Vorgehen in erster Linie auf eine zeitgemäße Erhöhung der Stundenlöhne zu richten, weil hierdurch dauernde, auch nach der Kriegszeit anhaltende Erfolge erzielt werden. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß die in Baulempnerien jetzt zahlreich beschäftigten Arbeiterinnen außerordentlich niedrig entlohnt werden. Sie verdienen im Afford nur 50 Pf. in der Stunde. Den männlichen Kollegen wurde nahe gelegt, die Arbeiterinnen der Organisation zuzuführen, ihnen gegenüber volle Solidarität zu betätigen, um so zur Verbesserung der Arbeiterinnenlöhne beizutragen.

Aus dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Nachdem durch Verfügung der Kriegsausschüsse beim Oberkommando in den Marken, mit Ausnahme der Bekleidungsindustrie, alle anderen Betriebe vorläufig dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins zugewiesen sind, erledigt dieser Kriegsausschuß auch die Differenzen in den Betrieben außerhalb der Metallindustrie, während der Schlichtungsausschuß für die Bekleidungsindustrie die Differenzen dieser Industrie wie bisher weiter behandelt.

Der Hilfskassierer W. von der Großen Berliner Straßenbahn wünschte einen Abkürzungslohn wegen zu wenig Lohn. Seiner Angabe nach bezog er einen Stundenlohn von 35 Pf. und 3 Pf. Zulage. Da der Betrieb nicht betriebl. war, wurde dem Hilfskassierer der Abkürzungslohn erteilt. Bei dieser Gelegenheit wurde auch noch festgestellt, daß das Entlassungszeugnis des W. mit einem Vermerk versehen war, der sich auf die Stellung des Betriebes zur Frage des Abganges bezog. Es ist bei der Verhandlung schon darauf hingewiesen und es sei auch hier nochmals gesagt, daß die Entlassungszeugnisse mit keinerlei Vermerk versehen werden dürfen, die sich auf die Zustimmung oder Nichtzustimmung der Firma zur Entlassung des Betreffenden beziehen. Es muß neben dem Entlassungszeugnis (Abkürzungslohn) eine besondere Bescheinigung ausgestellt werden, in der der Vermerk darüber enthalten ist, daß die Firma mit dem Austritt des Betreffenden aus der Beschäftigung einverstanden ist. Wenn die Firma mit der Lösung des Arbeitsverhältnisses nicht einverstanden ist, braucht diese Bescheinigung (Abkürzungslohn) nicht ausgestellt zu werden und steht dann dem betreffenden Arbeiter die Forderung an den Ausschuß nach § 9 zu. Derartige Vermerke auf dem Entlassungszeugnis können zu Schaden für den Arbeiter Veranlassung geben.

Der Elektromonteur St. vom Städtischen Elektrizitätswerk will einen Abkürzungslohn wegen zu wenig Lohn. Da der Vertreter dieses Betriebes erklärt, daß eine Erhöhung des Lohnes für einzelne nicht möglich sei, der derzeitige Lohn aber vom Kriegsausschuß für unzureichend erklärt wird, erhält St. einen Abkürzungslohn.

Der Angestellte K. von der R. A. G. will einen Abkürzungslohn, um wieder in seinem früheren Beruf als Schlosser arbeiten zu können, weil er da mehr verdient. Die Firma erklärt sich bereit, K. wieder als Schlosser zu beschäftigen. Damit ist die Sache erledigt.

Der Reibolberdreher D., ein Kriegsverlegter von der R. A. G. will einen Abkürzungslohn, und zwar aus folgenden Gründen: D. war, als er als Kriegsverlegter bei der R. A. G. in Arbeit trat, nicht in der Lage, Beschäftigung auszuüben, bei der er stehen mußte. Da sich sein Hebel in etwas gebessert hat, will er wieder seine alte Beschäftigung in der Werkzeugausgabe haben oder einen Abkürzungslohn. Die Firma sagt zu, D. wieder in der Werkzeugausgabe zu beschäftigen. Damit war die Sache erledigt.

Von der R. A. G. erschienen 116 Schlosser, die einen höheren Verdienst wollten. Nach längerer Verhandlung wird beschlossen, die Angelegenheit im Betriebe unter Hinzuziehung von beiderseitigen Organisationsvertretern zu regeln.

Von der Firma S. wollen 81 Tischler Abkürzungslohn wegen zu wenig Lohn. Ueber die Forderung von 10 Pf. Zulage pro Stunde hat man sich im Betrieb nicht einigen können. Es wird vorgeschlagen, die Angelegenheit zunächst der Schlichtungskommission für das Holzgewerbe zu übertragen, und wenn hier keine Verständigung erfolgt, nochmals auf den Kriegsausschuß zurückzugreifen.

Eine Differenz bei den Formmachern Berlins, soweit diese Beschäftigte waren, beschäftigte den Kriegsausschuß nochmals, trotzdem die Differenzen bereits im Dezember schon eine Lösung erfahren hatten. Es waren über die Auslegung der feinerzeitigen Vereinbarung Differenzen entstanden; diese gaben Veranlassung zur nochmaligen Verhandlung. Ueber eine bestimmte Sorte Körbe erfolgte eine Verständigung dahin, daß es hier pro Stück 5 Pf. mehr Lohn geben solle. Ueber die 10 Pf. Zulage pro Stunde für alle anderen von Spandau in Auftrag gegebenen Körbe erfolgte eine Klarstellung dahin, daß nochmalig eine Feststellung wurde, daß jeder Korb, der ab 1. Januar in Berlin hergestellt wird, einen Aufschlag von 10 Pf. erfahren soll, gleichviel zu welcher Feststellung die Körbe gehören. Diese 10 Pf., die von der Spandauer Behörde mehr bezahlt werden, sollen den Arbeitern wohl zugute kommen. Eine andere Sorte Körbe wird von einer anderen Behörde in Auftrag gegeben, und werden deshalb die Parteien aufgefordert, sich mit dieser Behörde über einen eventuell höher zu zahlenden Preis besonders zu verständigen.

Forderungen der Weißgerber und Färber.

Die am Sonntag abgehaltene Mitgliederversammlung des Lederarbeiterverbandes beschloß einstimmig, den Tarif der Weißgerber und Färber zu kündigen und den Unternehmern folgende Forderungen zu unterbreiten: Der Mindeststundenlohn ist auf 1,25 M. zu erhöhen. Ein Verdienst in gleicher Höhe ist auch bei Affordarbeit zu garantieren. Ueberstunden sind mit einem Aufschlag von 25 Proz. zu vergüten. Die Affordlöhne sind um 100 Proz.

zu erhöhen. Lohnausfälle, die infolge von Betriebsstörungen entstehen, sind zu vergüten. Die tägliche Arbeitszeit, welche jetzt 9 1/4 Stunden beträgt, ist auf höchstens 9 Stunden festzusetzen.

Zur Begründung der Forderungen wurde ausgeführt: Der gegenwärtige Stundenlohn von 50 1/2 Pf. steht in einem so schreienden Mißverhältnis zu den Lebensverhältnissen, daß die geforderte Erhöhung durchaus gerechtfertigt erscheint, um so mehr, da die Lederfabrikanten durch Heereslieferungen Millionengewinne einheimstufen. In anderen Orten der Lederindustrie hat man den Verdienstmäßig durch Lohnerböhung bereits Rechnung getragen. So verdienen beispielsweise in Guben und in Osterwieck Stundenlöhne von 85 Pf. gezahlt. Es ist nicht zu verlangen, daß Berlin mit seinen besonders teuren Lebensverhältnissen gegen diese Orte zurückstehen soll.

Die Lohnverhältnisse im Charlottenburger Wasserwerk.

Sehr mißliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse herrschen in den Betrieben der Charlottenburger Wasserwerke. Schon im Juli 1916 haben die Arbeiter an die Direktion eine Eingabe um Aufbesserung des Lohnes gerichtet. Diese wurde abschlägig beschieden. In einer erneuten Eingabe wurde darauf hingewiesen, daß einzelne Kategorien, wie Maschinenisten und Geiger, durchschnittlich wöchentlich 78 Stunden arbeiten müssen und bei dieser langen Arbeitszeit durchschnittlich 64,80 M. wöchentlich verdienen. Die Direktion erstellte einen schriftlichen Bescheid, in dem sie erklärte, in eine erneute Prüfung der Lohnverhältnisse einzutreten zu sein, sie hielte den durchschnittlichen wöchentlichen Lohn von 64,80 M. für die Tätigkeit der Bedienung von Maschinen und Dampfesseln für angemessen. Allerdings finde eine zwölfstündige tägliche Arbeitszeit statt, doch seien innerhalb der Arbeitszeit genügende Ruhepausen vorhanden, während die Ruhepausen selbst voll bezahlt würden. Die Tätigkeit der Maschinenbedienungslei sei körperlich sehr wenig anstrengend und die der Heizung der Dampfessel keineswegs sogenannte Schwerarbeit, wie durch die königliche Gewerbeinspektion bestätigt wird.

Die Charlottenburger Wasserwerke verteilen dieses Jahr eine Dividende von 8 Proz. und hatten in diesem Geschäftsjahre einen Reingewinn von 2,70 Millionen Mark. Zu einer Lohnaufbesserung scheinen diese Millionen aber nicht zu reichen. Es ist Sache der Arbeiter der Charlottenburger Wasserwerke, durch feste Organisation bessere Verhältnisse in ihren Betrieben zu schaffen. Wie es ebenfalls Sache der Arbeiter ist, schließlich für die Wahl eines Arbeiterausschusses zu sorgen, um durch diesen in Gemeinschaft mit dem Kriegsausschuß einen angemessenen Lohn zu erzielen.

Ausland.

Große Lohnbewegung in der schwedischen Sägewerkindustrie. In der schwedischen Sägewerkindustrie sind zurzeit große Lohnbewegungen im Gange, die in 45 Betrieben 10 900 Arbeiter umfassen.

Aus der Partei.

Die Schicksalsstunde der Partei.

In einer gut besuchten Kreisversammlung haben die Genossen von Dresden-Alstadt Stellung zu den Vorgängen in der Partei genommen. Das Referat hielt Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Gradnauer. Nach kurzer Debatte wurde mit 150 gegen 4 Stimmen folgende Resolution angenommen:

Die Parteiverammlung des fünften sächsischen Reichstagswahlkreises erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteiausschusses einverstanden. Die Genossen, die sich mit den Beschlüssen der Reichs-Sonderkonferenz, der oppositionellen Gruppen solidarisch erklären, können nicht gleichzeitig Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sein oder bleiben. Das eine schließt das andere aus.

Wer hat das Lichtschwert zerschritten?

Die „Leipziger Volkszeitung“ gefaßt sich noch immer in Verleumdungen, als habe die Arbeitergemeinschaft niemals eine Spaltung der Partei angestrebt oder überhaupt ein Wässlein geträbt. Mit um so größerer Stille Entschlossenheit zieht sie gegen die Beschlüsse des Parteivorstandes und Parteiausschusses zu Felde und schreibt über „Gewalttate“. Gegenüber diesem Komödientext bringt die „Dresdener Volkszeitung“ einen recht interessanten Vorgang erneut in Erinnerung. Sie schreibt:

Als man in Berlin den Vorklaut gegen das eigene Parteiorgan beschloß, da feierte just die „Leipziger Volkszeitung“ in ihrer Nummer vom 30. Oktober diesen traurigen Vorgang als „einen Paragrafen in der Geschichte der politischen Arbeiterbewegung Deutschlands“. Inbezug rief es aus: Die Opposition hat das Lichtschwert zerschritten! Und jetzt jammert das Blatt, daß die Mehrheit sich bedankt, mit denen länger an einem Tische zu sitzen, die selbst das Lichtschwert der Partei zerschritten und ihre früheren Lichtgenossen mit überflüssigen Verleumdungen überschüttet haben.

In Wirklichkeit jammert die Opposition auch nicht, weil das Lichtschwert zerschritten ist, was sie selber gewollt und ausgeführt hat, sondern weil sie ursprünglich gehofft hatte, beide Teile des Lichtschwertes für sich zu behalten. Das ist ihr allerdings gründlich daneben gelungen.

In den Haaren liegen sich beide!

Wie es zugeht, wo Sportklub und Arbeitergemeinschaft unter sich sind, das zeigt der Sozialdemokratische Verein Bremen, nachdem die auf dem Boden der Partei stehenden Mitglieder ausgeschieden sind und einen eigenen Parteibereich gegründet haben. In der letzten Generalversammlung, über die der „Braumshewiger Volksfreund“ in seinem Bremer Teil berichtet, wurde eine Kommission zur Schaffung eines eigenen Blattes eingesetzt. Die Arbeitergemeinschaft lehnte eine Beteiligung an dieser Kommission ab und der Schluß der Sitzung wird im „Volksfreund“ folgendermaßen geschildert:

Dann setzte noch eine Reihe unerquicklicher persönlicher Bemerkungen ein, die hoffentlich in der Zukunft in der Art und Weise unterbleiben werden.

Bremen ist eine neue Lehre dafür, daß eine Herrschaft der Opposition in der Partei gleichbedeutend wäre mit einer Verlängerung des Parteifreies in die Unendlichkeit.

Aus Industrie und Handel.

Der Handel in der Kriegswirtschaft.

Die „Bumba“ hat an den deutschen Handelskrieg folgende Sätze gerichtet, daß natürlich die lebhafteste Enttäuschung auslöst:

Abweichend von den Friedensgebräuchen des Handels betrachtet das Amt unter den Verhältnissen der Kriegswirtschaft jede Art von Handel in Heeresbedarfsartikeln als unerwünscht und sucht denselben mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auszuwischen. Einem solchen Handel betreibt, wer ohne Mitwirkung bei der Produktion lediglich kauft und verkauft, durch diese Tätigkeit sich in unwirtschaftlicher Weise in die unmittelbare Zuführung der Ware vom Erzeuger an den Verbraucher einbringt und auf diese Weise die Bildung einer Handelskette verursacht.

Selbstverständlich wird darauf verwiesen, daß die „Bumba“ den Unterschied zwischen „legitimem“ und „illegitimem“ Handel übersehe. Das ist nicht richtig. Die „Bumba“ spricht aus der Erfahrung der Kriegswirtschaft, in der der direkte Verkehr zwischen Produzenten und dem Großkonsumenten, den die

Heeresverwaltung darstellt, noch natürlicher ist, als der schon im Frieden aufgetretene Wunsch der Großindustrie, den Handel auszuwischen oder ihn wenigstens auf ein Mindestmaß von Umfang und Einfluß herabzudrücken.

Aus dem Berliner Wirtschaftlichen.

Die R. Stad u. Co. Spiralspinner, Werkzeug- und Maschinenfabrik Akt.-Ges. in Berlin-Mariensfelde, die der Elektrischen Licht- und Kraftanlagen Akt.-Ges. nahesteht, hat in dem am 30. September abgelaufenen Geschäftsjahr 1915/16 wieder so erheblich verdient, daß sie im Vorjahre eine Dividende von 25 Proz. ausgeschüttet werden kann. Das Unternehmen hat sich schon im Frieden ganz gut rentiert, überraschte aber auch nicht durch unerhörte Gewinne. Erst im Kriege konnte es blühende Abschlüsse verzeichnen. Doch ist in dem abgelaufenen Geschäftsjahr der Bruttogewinn gegen das Vorhergehende von 3,3 Millionen Mark auf 2,34 Millionen Mark gesunken. Der Reingewinn hat sich von 2,24 auf 1,87 Millionen Mark verringert. Dementsprechend wurden auch nur 494 762 M. gegen 791 635 M. abgeschrieben. Ob die veröffentlichten Zahlen den tatsächlich erzielten Gewinn wiedergeben, ist fraglich, da die Gesellschaft Grundstücke gekauft und Neubauten aufgeführt hat, welche wahrscheinlich aus laufender Rechnung bezahlt wurden.

Der Kronkurs hat sich neuerdings erholen können. Während man vor einiger Zeit für hundert Kronen, die im Frieden ungefähr 65 M. wert waren, 68,90 M. bezahlte, ist der Kurs erst auf 64,20 und am 29. Januar auf 64,45 gestiegen.

Soziales.

Die Säuglingssterblichkeit in Preußen.

Die Erörterung bevölkerungspolitischer Fragen im verhängen Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses, lenkt den Blick auf die Säuglingssterblichkeit.

Von 10 000 Lebendgeborenen starben in Preußen, wie wir der Zeitschrift des Kgl. Preuss. Stat. Landesamts entnehmen, während des ersten Lebensjahres 1881—1890: 2075, 1891—1900: 2031, 1901 bis 1910: 1788 und 1911—1914: 1019. Diese Ziffern sind ein erfreulicher Beweis von der Wirkung gesundheitslicher Lehren und Maßnahmen. Und gerade in den größeren Städten, die früher besonders unter der Säuglingssterblichkeit zu leiden hatten, haben sich die Verhältnisse so gebessert, daß ihre Gesamtdurchschnittsziffer im letzten Jahrzehnt noch hinter der des ganzen Staates zurückbleibt: in den 68 Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern starben durchschnittlich von 1000 Säuglingen in obigen Zeitabschnitten 222, 214, 180 und 158.

Unter den Städten befindet sich keine, deren Säuglingssterblichkeit nicht günstiger geworden wäre. Am meisten ist die im ersten Jahrzehnt allerdings ziemlich hohe Ziffer Charlottenburgs zurückgegangen, von 286 auf 132, also um mehr als die Hälfte. Die Ziffern der 1881/90 noch stärker belasteten Städte Piesnitz (332), Köslitz (309), Breslau (300), Brandenburg und Königsberg (je 296) berechneten sich im letzten Jahrzehnt um mehr als 100 niedriger; sie waren in der Reihenfolge der obigen Städtebenennung 210, 166, 181, 192 und 170. Auch die Ziffer Berlins ist von 270 auf 132 gesunken.

Sehr verschieden ist die Säuglingssterblichkeit in den westlichen und östlichen Regierungsbezirken. Barch hatte mit 94 Promille 1911—14 und auch in den zurückliegenden drei Jahrzehnten mit 99, 102, 105 die günstigste Ziffer; Rastatt folgte mit 93, 113, 135, 133 an, weiter Wiesbaden mit 100, 125, 142, 153. Denachst mit 105, 114, 121, 130, Minden mit 118, 124, 135, 145, Koblenz mit 118, 136, 161, 172. Gildesheim mit 122, 138, 159, 161, Stade mit 122, 128, 138, 154. Hannover mit 127, 149, 170, 166. Pilsener mit 130, 144, 157, 149. Arnberg mit 134, 143, 151, 145. Schleswig mit 137, 150, 162, 153. Trier mit 135, 144, 157, 154. Talsiedel mit 139, 154, 176, 172. Erfurt mit 146, 162, 175, 187. Münster mit 157, 156, 163, 150. In den genannten Bezirken des Westens waren 1911—1914 die Ziffern günstiger als im Staatsdurchschnitt; Köln steht mit 162, 188, 216, 218 im Mittel; die beiden westlichen Bezirke Elmaringen mit 186, 208, 232, 272, und Aachen mit 187, 184, 210, 204 bleiben nicht weit zurück. Dagegen haben die höchsten Ziffern Posen (212, 247, 278, 281), Gumbinnen (210, 216, 232, 229), Danzig (206, 219, 244, 237), Stettin (201, 231, 259, 231), Straßburg (201, 221, 230, 203), Marienwerder (200, 210, 226, 220), Plesnitz (198, 238, 278, 289), Bromberg (197, 209, 223, 226), Königsberg (194, 195, 224, 222), Magdeburg (193, 209, 231, 223), Oppeln (189, 196, 211, 218), Frankfurt (189, 210, 234, 231), Merseburg (184, 202, 224, 221), und Allenstein (180, 181, 208, 221). Potsdam mit 172, 202, 206, 202, Posen mit 170, 183, 208, 220 und Köslitz mit 165, 169, 172, 165 nähern sich unter den östlichen Bezirken dem Staatsdurchschnitt.

Von den Städten Groß-Berlins stehen nur zwei mit der Säuglingssterblichkeit über dem Reichsdurchschnitt: Kreuzfeld mit 161 und Berlin-Niederschlesien mit 155. Aber auch in diesen beiden Städten sind die Verhältnisse in den letzten 25 Jahren wesentlich günstiger geworden. Niedersberg hatte noch in 1891/00 eine Sterblichkeit von 308 und Neudorf von 288. In Berlin-Wilmersdorf war die Sterblichkeit 1911/14 erfreulicherweise nur 98, in Berlin-Schöneberg 126, in Charlottenburg 132, in Berlin 135. Berlin-Wilmersdorf steht mit seiner Ziffer von 98 überhaupt an der Spitze der Städte. Schöneberg steht an 13. Stelle, Charlottenburg an 15. Stelle, Berlin an 29., Neudorf an 57. und Niedersberg an 51. Stelle.

So günstig das Gesamtergebnis ist, so sehr bleibt aber auch noch den bevölkerungspolitischen Maßnahmen ein weites Feld der Betätigung. Das erste Ziel derselben wird die Erhaltung der Wochenruhebestimmungen für die Friedenszeit und ihre weitere Ausgestaltung sein müssen.

Einwirkung des Krieges auf die Versicherungswerte.

Die durch den Krieg verursachte beträchtliche Steigerung der Preise für Rohmaterialien und fertige Rohstoffe, verbunden mit einer allgemeinen Erhöhung der Arbeitslöhne, muß von den Feuer- und Lebensversicherungsanstalten bei der Festsetzung von Prämien an Gebäuden, Maschinen, Warenlagern, Mobiliar und überhaupt an beweglichen und unbeweglichen Gegenständen aller Art berücksichtigt werden. Der Schadensberechnung sind nicht etwa die niedrigeren Herstellungs- oder Anschaffungspreise, sondern die Preise zugrunde zu legen, die am Brandtage für Herstellung oder Wiederbeschaffung gleichartiger Gebäude oder Gegenstände hätten aufgewendet werden müssen. Da jedoch die Versicherungssumme stets die Grenze für die Ertragspflicht der Versicherungsgesellschaften bildet, ist es notwendig, die Versicherungsverträge mit ausreichenden Versicherungssummen abzuschließen, beziehungsweise die Versicherungssummen zu erhöhen, wenn sie unter den heutigen völlig veränderten Verhältnissen nicht mehr ausreichen. Es kann nicht dringen genug gerufen werden, alle Sachversicherungen, also neben Feuer- auch Einbruchdiebstahl-, Glas-, Wasserleitungs-, Maschinen- und Viehverversicherungen daraufhin zu prüfen, ob die Versicherungssummen noch genügen. Bei unzureichender Versicherungssumme muß eine entsprechende Nachversicherung beantragt werden.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Schels, Rentier; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin Dand u. Verlag: Hermann Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.
Gierzy 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Mehr Zucker!

Ein Zuckerinteressent schreibt uns:

In diesen Tagen hat in Berlin eine Versammlung des Vereins der deutschen Zuckerindustrie stattgefunden, in welcher von familiären Rednern behauptet und auch in einer Entschließung an die Regierung gefordert wurde, daß bei den von der Regierung für nächstes Jahr festgesetzten Preisen von 2 M. für Zuckerrüben und 18 M. für Rohzucker nicht die von allen Seiten für notwendig erachtete Vermehrung des Zuckerrübenanbaues, sondern eine erhebliche Verminderung zu erwarten sei und nur der von dem Verein geforderte Rübenpreis von 3 M. und ein Rohzuckerpreis von 26 M. — das bedeutet für den Verbraucher eine Erhöhung von etwa 12 Pf. für das Pfund Zucker — helfen könne.

In der Versammlung sind Tatsachen zur Sprache gekommen, an denen nicht achtlos vorbeigegangen werden kann. Nach den amtlichen Erhebungen beträgt die Anbaufläche, über die bis jetzt von den Rohzuckerfabriken Verträge abgeschlossen wurden, 34,6 Proz. weniger als im Vorjahre. In Aussicht stehen noch etwa 20 Proz. Der Anbau dieser Flächen ist aber an so viele Voraussetzungen geknüpft, daß man nicht voll damit rechnen kann. Nimmt man etwa die Hälfte an, so würde bei gleichem Ackerertrag und Ausbeute die Ernte um etwa 7 Millionen Zentner kleiner werden. Da die Anforderungen für technische und Speisezucker mindestens die gleichen bleiben, so trägt den Schaden der Konsument. Während jetzt eine sechsköpfige Familie im Monat etwa 9 Pfund Zucker bekommt, hat sie dann nächstes Jahr nur die Hälfte zu erwarten; Marmelade, Kunsthonig und Einnachzucker fällt ganz weg; unterm Obsterteil verdirbt zum Teil.

Aber damit nicht genug, mit dem kleineren Rübenanbau vermindert sich auch die Futtermenge, die Viehhaltung muß weiter herabgesetzt werden, was auf die Milchgewinnung schädlich wirken würde. Das sind Tatsachen und muß die Regierung die Mittel und Wege nochmals prüfen, die das Uebel abwenden könnten.

Die großen Güter müssen in der Fruchtfolge bleiben, sind auch als Teilhaber von Zuckerrüben verpflichtet, Rüben zu bauen; sie werden auch für 2 M. Rüben bauen. Der kleine Bauer aber, der nicht noch Futtermägen und Röhrrüben rechnet, hütet sich, Rüben zu bauen, solange er für Futterrüben, Kohl und Mohrrüben mit viel weniger Mühe eine drei- bis viermal höhere Einnahme erzielt. Warum setzt also die Regierung nicht schon jetzt die Preise der anderen Hackfrüchte in das richtige Verhältnis zu Zuckerrüben — wenigstens in den Gegenden, wo Zuckerrüben gebaut werden?

Das Recht der Fabriken, von den leistungsfähigen Rübenbauern den gleichen Anbau zu fordern, ist in seiner jetzigen Form wirkungslos, weil die Rübenproduzenten, die zum großen Teile auch Aktionäre der Zuckerfabriken sind, sich nicht selbst den Anbauumfang diktiert werden. (Zwangsmassregeln scheinen uns beim Zuckerrübenanbau trotz der Rübendeckelung wenigstens insofern als notwendig, weil die Anbaufläche von Zuckerrüben nicht gerade groß und die Befruchtung — den Hauptteil der Ernte liefern größere Grundbesitzer — kleiner als in anderen Zweigen der landwirtschaftlichen Produktion ist. D. R.) Wir werden einen strafferen Zwang nicht vermeiden können.

Auch die Spannung zwischen Rüben- und Zuckerpreis soll nach dem Urteil der Rohzuckerfabriken nicht ausreichen, da alle Materialien, Kohlen, Eisenrohre, Pflanzmaschinen, Düngemittel und Chemikalien enorm gestiegen sind. Hier kann eine sachgemäße Prüfung Klarheit schaffen. (Die Spannung ist natürlich so zu bemessen, daß die Rentabilität der Zuckerfabriken nicht höher als im Frieden ist und die aufreißend hohen Kriegsgewinne verschwinden. D. R.) Es dürfte nötig sein, die erteilten Wohnungen zu beachten. Noch ist es Zeit, Entschlüsse zu fassen.

Zu demselben Thema schreibt uns Genosse H. Schneider: Auf einer Tagung der mitteldeutschen Handelskammern, die in Magdeburg stattfand, wurde die Regierung aufgefordert, die Rübenpreise über 2 M. hinaus zu erhöhen, vor allem aber eine Herabsetzung der Höchstpreise für Futterrüben, Kohlrüben und Röhrrüben vorzunehmen. Diese Forderung ist besonders bemerkenswert, weil in den mitteldeutschen Handelskammern der Einfluß der Landwirtschaft sehr groß ist. Im Zentralblatt für die deutsche Zuckerindustrie hat kürzlich Herr v. Gumpel das Verlangen nach Herabsetzung der Höchstpreise für manche Früchte mit recht beachtlichen Zahlen begründet. Nach seiner Angabe betrage im vorletzten Erntejahr ein Hektar Ackerland ungefähr folgende Erträge:

Frucht	Ertrag in D.	Preis in D.	Ertrag pr. Hektar in M.
Zuckerrüben	260	4.-	1040
Futterrüben	600	3.00	2160
Stadrüben	480	5.-	2400
Weißkohl	400	8.-	4800
Kohlkohl	600	30.-	12000

Diese Berechnung hat mancherlei Mängel. Der Ertrag der Zuckerrüben ist zum Beispiel zu gering angesetzt; es werden nicht 260, sondern etwa 280, in guten Jahren auch schon 300 Doppelzentner vom Hektar geerntet. Ferner ist der Futterwert der Rüben bei den Vergleichszahlen nicht mit eingerechnet. Immerhin ist zuzugeden, daß die systemlose Höchstpreispolitik das Ertragsverhältnis der Hackfrüchte zuungunsten der Zuckerrüben verschoben hat.

Es muß aber, wie die Dinge nun einmal liegen, die Erzeugung von Zucker und, als Voraussetzung dafür, der Anbau von Zuckerrüben gefördert werden. Es fragt sich nur, in welchem Umfang und mit welchen Mitteln das geschehen kann.

Bisher ist das versucht worden durch das altbekannte und oft erprobte kapitalistische Anreizmittel: die Steigerung der Preise. Der Preis für Rüben stand 1916 um etwa 50 Proz. über dem Friedenspreis. Der erhoffte Erfolg blieb aus. Die neueste Verordnung bringt ihn auf das Doppelte des Friedenspreises — die Zuckerinteressenten verkünden, das sei nutzlos, er mühte auf das Dreifache herausgehoben werden. Würde aber die Regierung ihnen mit der Frage gegenüberstehen, ob sie dann den Erfolg bezügelten, so würde sie ein rundes Nein ertönen. Warum? Weil die Steigerung des Rübenpreises von Bedingungen abhängt, die sich durch einfache Preisverhöhungen, und seien sie noch so weitgehend, nicht schaffen lassen.

Einer der ersten Sachverständigen der Landwirtschaft, insbesondere des Zuckerrübenbaues, Hofrat Professor Howard, hat darüber kürzlich sehr beachtenswerte Ausführungen gebrannt. In einem Vortrag, den er im Oktober 1916, also vor Bekanntwerden der Bundesratsverordnung, im Ausschuss der Abteilung der Rohzuckerfabriken des Vereins der deutschen Zuckerindustrie, also vor dem denkbar sachverständigsten Publikum, hielt, wies er rechnerisch nach, daß die wohl ziemlich verbreiteten Vorstellungen von den sehr gestiegenen Kosten, besonders seit Kriegsbeginn, etwas eingeschränkt zu werden vermögen. Begründend führte er dazu aus: „Die künstliche Düngung ist mehrfach geringer geworden, vermutlich, weil nicht mehr zu bekommen war, die Kosten für Gips und Löss sind nur unwesentlich höher, teilweise sogar niedriger als der fünfjährige Durchschnitt (1903—1908), weil der Ernteertrag vom Hektar öfter bedeutend unter dem Durchschnitt geblieben ist, wodurch die Erntebeschwerden sich verringerten.“

Professor Howard verweist dann noch darauf, daß in jeder Hinsicht sparsamer wirtschaftet würde, daß also im allgemeinen die wirklichen Kosten hinter den unerbittlich gemachten Rechnungsabergangen zurückbleiben. „Alles in allem würde nach Howard ein Rübenpreis von 2 M. nicht nur ausreichend sein, sondern auch die Landwirte zu härtesten Anstrengungen bewegen können.“ Der Bundesrat ist dann den Vorschlägen dieses Sachverständigen gefolgt und hat den Preis auf 2 M. festgesetzt; er hat also den Anreiz zu den „härtesten Anstrengungen“ gegeben. Daß der Erfolg trotzdem den Erwartungen nicht entspricht, wird, ist oben schon ausgeführt. Professor Howard sagt auch warum: „Denjenigen Wirtschaften, die aus Düngemangel, Gipsmangel oder Leutenol keine Zuckerrüben bauen können, nützt selbst die größte Erhöhung der Rübenpreise nichts.“ Das ist durchaus keine neue Weisheit, aber sie gewinnt an Gewicht, wenn sie aus so sachverständiger Quelle kommt.

In gewissen Grenzen könnte eine Vermehrung des Anbaues erreicht werden, wenn das tatsächlich bestehende Mißverhältnis im Anbauern der Hackfrüchte beseitigt oder doch gemildert würde. Das dürfte aber nicht geschehen durch einen Ausgleich nach oben, sondern nur durch einen solchen nach unten.

Preussische Schulfragen.

Der Kultusminister im Staatshaushaltsausschuss.

Der Minister teilte am Montag im Staatshaushaltsausschuss mit, daß im nächsten Jahre den Schulen die Entlastung des Unterrichts von den Reden übertragen werden wird. Den Schülern sollen keine Schwierigkeiten zur Ausübung des Vaterländischen Hilfsdienstes gemacht werden, er soll ihnen ebenso anzurechnen werden wie der Heeresdienst. Aus den Ergebnissen der von Schülern betriebenen Lehramtskurse seien für Beschäftigungsworte 200 000 M. zur Verfügung gestellt worden, auch bei der Kartoffelernte hätten sie tätig mitgewirkt und 80 Millionen Mark in Gold wurden von den Schulen abgeliefert. Der Sozialdemokrat will zwar zuerst seine Bedenken gegen die Beschäftigung von Schülern in der Landwirtschaft zurückstellen, jedoch dürfe nicht der Unterricht durch Überanstrengung geschädigt werden.

Bei den Provinzialhaushaltsausschüssen ist ein Vorschlag einer Verfügung des Provinzialhaushaltsausschusses, in welcher den Lehrern die Frage vorgelegt wurde, wieviel sie persönlich zur Kriegsanleihe gezahlt hätten. Der Minister will das unterlassen lassen, er billigt ein solches Vorgehen nicht. Ein Vorschlag, die von den Lehrern in der Landwirtschaft geleisteten Arbeiten in die Familienunterstützung gezahlt werden. Der Minister erwähnt, daß bereits

10 950 Lehrer gefallen

seien; die Lücken wurden durch Lehrerinnen ausgefüllt, die sich bewähren haben. Auf die Frage des Berichterstatters der Seminare will der Minister während des Krieges nicht eingehen. Ein Preiskontrollrat verlangt weitere Schaffung hauptamtlicher Kreisfachschulstellen.

Ein Fortschrittler betont, daß die Volksschule ihre eigenen Aufgaben habe. Daneben müsse aber der Übergang zu den höheren Schulen gefördert werden. Der Minister hält für Volksschüler den Weg über die Mittelschule als den gegebenen. Er hat gefordert, daß in Frankfurt a. M. und Königsberg neunzig Klassen für besonders befähigte Volksschüler eingerichtet werden, die dann für die Obersekunda einer Oberrealschule reif sein sollen. Das Ergebnis dieses Versuchs bleibt abzuwarten. Ein Zentrumsrhetor verlangt, daß sich an die Volksschule Hoch- und Fortbildungsklassen anschließen. Die Volksschule bereite für das Leben vor, die höhere für das Studium, deshalb sei ein Übergang notwendig. Er begrüßt mit Freuden, daß 14-jährige Mädchen in der Säuglingspflege unterrichtet werden, hoffentlich taftvoll. Der Sozialdemokrat bittet, sich nicht von allzu großer Evidenz leiten zu lassen. Wenn schon jetzt in die Lehrbücher Schulverungen über die Kriegszeit aufgenommen werden, so muß alles vermieden werden, was den Schüler schaden könnte. Das Einjährig-Vorbildung solle man nach dem Krieg beseitigen. Die Vorwissen tragen der neuen Zeit nicht Rechnung. Dem widerspricht der Minister; ein recht großer Prozentsatz der Volksschüler trete in die Sexta der höheren Schulen über. Nur noch sehr wenige Großstädte unterhalten Vorwissen. Kriegsstoff werde in die Lehrbücher nicht aufgenommen aus Rücksicht auf die Kosten, die durch neue Lehrbücher den Familien erwachsen.

Die Beratung wird am Dienstag fortgesetzt.

Aus Groß-Berlin.

Straßenbahnsherze.

Zu den besten Scherzen unserer Straßenbahn gehört die Einrichtung der „sich zu einem 7 1/2 Minuten-Verkehr ergänzenden Parallellinien“. Man begreift ohne weiteres, daß sich dieser Zwischenraum nicht durchgängig aufrechterhalten lassen wird, besonders im Stadtinnern mit seinen engeren und verkehrsreichen Straßen. Eine alte Frau, die zum Aufsteigen einige Zeit und hilflosere Arme braucht, ein Trupp russischer Soldaten, ein Verwundeter auf Stühlen — das alles gibt Verhätungen, gar nicht zu reden von Straßenherren durch schwere Wagen, die vom Gleise nicht loskommen, von Zusammenstößen und Unfällen.

Aber ein anderes Ding ist es, wenn man feststellen kann, daß schon an den Ausgangspunkten dieser Zwischenräume nicht innegehalten wird. Der Bahnhof Scharnweide a. S. liegt fast am Ende der noch dem Grunewald verbleibenden Linien 8 und 9. Hier kann man aber immer wieder beobachten, daß die 8 und 9 Linien fast unmittelbar hintereinander verkehren. So mag es auch mit anderen Linien gehen. Im Stadtinnern sieht man nur zu oft die P und R, die 64 und 164 und verblüffend andere mehr hintereinander fahren, was dann einfach wieder den Viertelfundamenten auf diesen

Parallelismen ergibt. Am Reichstag kann man immer wieder feststellen, daß die zum Halteort verkehrenden zahlreichen Linien, die 1, 7, 14, 15, 114, 21 stads hintereinander kommen, dann wieder fließt die durch den Tiergarten nach dem Westen verkehrenden, dann lange nichts bis wieder die Serie Anhalter Bahnhof—Goltz'sches Tor—Königsplatz beginnt. Es geht natürlich nicht, daß diese Intervalle bei den unvorhergesehenen Zwischenfällen innegehalten werden, aber dann rede man doch nicht erst von einem durch „Ergänzungslinien“ erzielten häufigeren Verkehr!

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Die Stadt Berlin gewährt auch im Februar den Kindern bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre je ein Pfund Hafersloden. Voraussetzungen werden von den Bezirkskommissionen am 1., 2. und 3. Februar in der bisherigen Weise nach Straßenzügen verteilt. Die Hafersloden sind in den durch Säulenanschlag veröffentlichten Verkaufsstellen erhältlich.

Von einer für die Festsetzung von Kleinhandelspreisen für Räucherwaren eingesetzten Kommission sind folgende Preise als zulässig erachtet worden: für das Pfund Sprotten 3,40 M., für ein Pfund Sprottblättlinge 2 M. und für einen Bäckling 0,90 M.

Die Bäder über den Brotmangel. In der letzten Sitzung der Berliner Bäderinnung wurde der gegenwärtige Brotmangel auf salubre Kalkulation des Magistrats zurückgeführt. In der Sitzung der Reinickendorfer Bäderinnung machte der Obermeister folgende Mitteilungen über die Ursache des Brotmangels: Anfänglich sei den Bäckern 72 Proz. Mehl für Marken im Gewicht von 100 Gramm geliefert worden, jetzt dagegen nur 63 Proz. Früher bekamen die Bäder schon für Marken im Gewicht von 140 Gramm einen Sad Mehl, während jetzt für die gleiche Mehlmenge die Abgabe von 175 Gramm an Marken verlangt werde. Dabei sei es nicht möglich, aus einem Sad Mehl 70 Brote herzustellen. Der grüne Tisch habe im übrigen wunderbare Blüten hervorgebracht. Am 15. Oktober sei eine Minderung in der Preisfestsetzung des Mehlis und der Badware eingetreten. Der Grundgedanke war, das Publikum müsse Roggenmehl essen. Vier Wochen danach wurde wieder erklärt, das Publikum müsse unbedingt mehr Schrippen essen! Die Bäder bekamen hinfort zwei Teile Weizenmehl und einen Teil Roggenmehl und die Verbraucher wurden gewarnt, die teuren Schrippen zu kaufen, während die Bäder, namentlich in den Orten mit starker Arbeiterbevölkerung, so die Nachfrage nach Roggenbrot sehr groß ist, einen beträchtlichen Teil der Kundchaft verloren. Diese bedauerlichen Maßnahmen hätten wesentlich zur gegenwärtigen Brotskandale beigetragen.

Beföstigung, die — billiger geworden ist.

Jeder sagt, daß alles teurer geworden ist und daß für die tägliche Nahrung sehr viel mehr Geld als früher ausgegeben werden muß. Die Verwaltung des Obdachs der Stadt Berlin hat es besser: sie kann in ihrem jetzt durch den Magistrat veröffentlichten Jahresbericht über das Verwaltungsjahr 1915/16 melden, daß sie für die Beföstigung der Obdachlosen sehr viel weniger als im Vorjahr aufwenden brauchte. Der Rückgang des Gesamtbetrages der Verpflegungskosten ist beträchtlich, da ja in 1915/16 die Obdachbelegung ganz außerordentlich weit hinter derjenigen des Vorjahres zurückblieb. Auffällig ist aber, daß die Verpflegungskosten pro Kopf und Tag sich im Familienobdach, dessen Kosten auch tagüber befristet werden, von 75 Pfennig auf nur 73 Pfennig gesenkt, aber im Nachtobdach, das nur am Abend und am Morgen einen dürftigen Imbiß gibt, von 2 Pfennig auf 1 Pfennig vermindert haben. Die „Beföstigung“ erklärt sich daraus, daß die Vorschriften über die Kriegsernährung natürlich auch im Obdach zu Verbrauchseinsparungen geführt haben. Früher erhielt z. B. im Nachtobdach jeder Gast am Abend und am Morgen zusammen 400 Gramm Brot und 1 1/2 Liter Weisflüssigkeit.

Die Verkehrsfragen im Verbandsausschuss.

Im Berliner Rathaus hielt gestern vormittag der Verbandsausschuss Groß-Berlin eine Sitzung ab, die sich mit den schonenden Verkehrsfragen beschäftigte und vom rein ethischen Standpunkt aus betrachtet, einen wahrhaft herzerquickenden Eindruck machte. Mit ruhender Gemütsruhe konstatierte man einige im Verkehrsbertrieb der Großen Berliner eingeführte „Verbesserungen“ und knüpfte daran die freundliche Erwartung, daß, nachdem noch etliche „Erhebungen“ stattgefunden haben würden, mit einer zufriedenstellenden Gestaltung des Verkehrsverhältnisses „gerechnet“ werden dürfe. Der Fahrplan der Hoch- und Untergrundbahn wurde genehmigt, obwohl man sich der jämerlichen Einflüsse nicht ganz verschließen konnte, daß er noch reichlich verbesserungsbedürftig sei. Die Siemensbahnen marschieren infolge an der Spitze der Berliner Verkehrsmittele, als sie mit den Betriebsbeschränkungen zusehends den Anfang gemacht haben. Sie sind dabei aber derartig kurzweilig zu Werke gegangen, daß ihnen keine Zeit blieb, die vorherige Zustimmung des Verbandes eingeholen, was sie vertraglich verpflichtet waren. Der Verbandsausschuss konnte diesem Verhalten gegenüber zwar eine leichte Rippenbildung nicht unterdrücken, gab aber im übrigen ein schönes Beispiel friedlicher Milde, indem er darauf verzichtete, die Gesellschaft in Vertragsstrafe zu nehmen. Denn die Sündenrin hat ihn, wenn auch erst „in letzter Stunde“, doch immerhin um seine nachträgliche Genehmigung ersucht. Ferner wurde über die geplante durchgehende Straßenbahnverbindung mit Spandau ein tröstliches Wort verlaunt. Bei den Verhandlungen mit den beteiligten Stellen — so erklärte man — hätten sich allerdings neue Schwierigkeiten ergeben, in denen bestesse die Hoffnung um. Dann wurde beschlossen, die sämtlichen Gleise des Ringtunnels der Stadt Berlin zu überprüfen, auch die, welche ausschließlich von der Großen Berliner benutzt werden. Schließlich gab man noch die wiederholte treuerzogene Verhütung ab, daß man alle Bänke nach Verkehrsverbesserungen „eingehend prüfen“ und „nach Möglichkeit fördern“ werde, und ging befriedigt auseinander.

Wohnungsfürsorge für die heimkehrenden Krieger.

Einem von W. T. V. vorbereiteten Bericht entnehmen wir: Eine Besprechung, die in nahestem Zusammenhang mit den Bestrebungen zur Förderung der Einziehung der Kriegsteilnehmer und mit der Wohnungsfürsorge für die heimkehrenden Krieger steht, hat am 17. Januar auf Einladung des Ministers der öffentlichen Arbeiten unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Erzberger von Coels zwischen Vertretern des Stadtrates, von Stadlinggesellschaften, Bauvereinen, des Reichsausschusses, der Kriegsschadensfürsorge und einer Reihe von Vereinen stattgefunden. Die Beratung erstreckte sich im wesentlichen auf zwei Fragen: 1. Wie ist der Wohnungsplan für Kleinwohnungen namentlich auf städtischem Gebiete zu gestalten? 2. Welche Erleichterungen für den Bau des Kleinwohnhauses können in den haupolizeilichen Bestimmungen besonders der Städte gewählt werden? — Nach beiden Richtungen kommt es darauf an, auf die Bereinigung und Verbilligung des Wohnens im Kleinwohnhaus hinzuwirken. Durch zweckmäßige Gestaltung des Wohnungsplanes ist es möglich, an Gelände- und Strukturkosten im großen zu sparen, die Ermäßigung der haupolizeilichen Anforderungen führt beim einzelnen Bau zu zahlreichen kleinen Vereinfachungen, deren Summe für Gesamtkosten eines Kleinhauses ins Gewicht fällt. Die Vorschläge des Ministers wurden von den Vertretern der Bauvereine und Stadlinggesellschaften zustimmend aufgenommen und sollen alsbald den nachgeordneten Behörden zugehen, deren Aufgabe es sein wird, ihnen weitestgehende Beachtung und Anwendung zu verschaffen.

Die Eheschließungen in Berlin.

Das Jahr 1916, das jetzt hinter uns liegt, hat für Berlin einen weiteren Rückgang der Eheschließungen gebracht. Diesmal wurden hier noch 13966 Ehen geschlossen, wobei um 2656 weniger als im Jahre 1915, das 16622 Eheschließungen ergab.

Die Störung im Güterverkehr. Nach Mitteilung der Eisenbahndirektion können Stückgüter vielfach nicht abgenommen werden, weil die Empfänger an Ort und Stelle nicht angetroffen sind. Es muß deshalb von den in Betracht kommenden Kreisen gefordert werden, daß sie für den Fall ihrer Abwesenheit Personen zur Empfangnahme ernennen, denn es muß unbedingt vermieden werden, daß bereits zur Abfuhr gebrachte Güter wegen Unbestimmtheit an die Güterbahnhöfe wieder zurückgerollt werden. Es kann gegenwärtig auch nicht gestattet werden, daß die Abfuhr an Sonn- und Feiertagen unterbleibt.

Zur Bänderung der Verkehrsnot haben die Berliner und die Potsdamer Handelskammer es übernommen, Gesuche um Bestellung von Gespannen und Mannschaften aus den in Groß-Berlin garnisonierenden Ersatztruppenteilen von Interessenten entgegenzunehmen und das Notwendige zu veranlassen. Die mündlichen oder schriftlichen Gesuche sind dabei von jetzt ab direkt an die vorgenannten Handelskammern zu richten.

Ein neues Fahrplanbuch der Eisenbahndirektion Berlin wird zum 1. Februar für die Berliner Stadt-, Ring- und Vorortzüge herausgegeben. Es ist an den Schaltern der Bahnhöfe zu haben. An die Inhaber des zum 1. Dezember v. J. erschienenen Fahrplanbuches wird das neue gegen Rückgabe jenes umsonst abgegeben.

Das Reizgewicht der Feldpostspäcke aus dem Felde nach der Heimat ist auf 550 Gramm erhöht worden. Sendungen von 275-550 Gramm sind vom Absender mit 20 Pf. freizumachen.

Vorbereitung für deutsche Gefangene. Anstatt direkt von Deutschland aus Lebensmittel, Wäsche, Tabak und anderes an deutsche Kriegsgefangene ins feindliche Ausland zu schicken, wird amtlich empfohlen, sich der Vermittlung des Roten Kreuzes zu bedienen, das nach einer Preisliste Bestellungen auf diese Waren entgegennimmt, die dann in neutralen Auslands beschaft und von dort aus an die angegebenen Adressen verandt werden. Diese Pakete haben die größte Aussicht, die Empfänger zu erreichen. Man wende sich an die nächste örtliche Roten-Kreuz-Steße.

Ein schönes Fest. Der Schiffmann-Prozeß konnte gestern sein erstes Quartalsjubelium begehen.

Wegen einiger Preklohlen getötet! Eine Bluttat hat sich in der Nacht zum Montag in dem Hause Eichendorffstraße 18 zugetragen. Hier erschlug die 64 Jahre alte Schaffnerin Marie Beße ihren 82 Jahre alten Vetter, den Postsekretär A. D. Karl Bientka und brachte sich dann selbst einige leichte Verletzungen bei. Bientka wohnte schon 22 Jahre bei den Eheleuten Beße. In der vorletzten Nacht um 11 1/2 Uhr stand er auf und ging nach dem Klosett. Die Frau hatte ihn wohl im Verdacht, daß er ihr hinter heimlich Preklohlen für seine Stube weggenommen habe. Sie stand auf und folgte dem Greise. Wie sie logt, kam es zu einem Streit und Bientka bedrohte sie mit einer Preklohle. Um ihn abzuwehren, stieß sie ihm ein Messer in den Hals und traf die Schlagader. Der Mann brach zusammen und fiel auf der Stelle. Als sie sah, was sie angerichtet hatte, stieß Frau Beße das Messer auf sich selbst und brachte sich Verletzungen an der Brust bei. Ihr Mann, der unterdessen erwacht war, holte die Polizei und einen Arzt. Bientka war nicht mehr zu retten. Als der Arzt die Frau verbinden wollte, ergriff sie eine Schere und stach sich auch noch in den Hals. Aber auch diese Verletzung ist nicht schwer. Die Leiche des Ersttöteten wurde nach dem Schauhaus, Frau Beße nach der Charité gebracht.

Ein ungewöhnlich fetter Diebstahl ist am Sonnabend früh im Haus Suarezstr. 40 in Charlottenburg, wo sich der Lagerkeller einer Buttergroßhandlung befindet, verübt worden. Die Diebe, es waren ihrer vier, erschienen mit einem Handwagen und erkrachten die zu den Neberräumen führende Tür. Die dort lagernden Käffer, die insgesamt neunzehn Zentner Butter enthielten, luden sie auf den Wagen und fuhrten unbehelligt davon. Die Täter sind bemerkt worden, wie sie mit ihrer Beute die Friedberg-, Holzendorf- und Gerbinsstraße passierten. Auf die Wiederbeschaffung der Butter hat die betroffene Firma eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Aus den Gemeinden.

Kreisikonferenz in Osthavelland.

Eine, am 28. Januar tagende, Kreisikonferenz aus Vertretern der auf dem Boden der Fraktionsmehrheit stehenden Ortsvereine des Kreises nahm Stellung zu den Vorgängen in der Partei und billigte einstimmig den Beschluß des Parteiaussschusses. Sie beschloß einstimmig die Gründung eines „Sozialdemokratischen Wahlvereins für den Wahlkreis Spandau-Osthavelland.“ Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die am 28. Januar 1917 versammelten Vertreter der auf dem Boden der Fraktionsmehrheit stehenden Genossen des Wahlkreises Potsdam-Spandau-Osthavelland billigen den Beschluß des Parteiaussschusses und den Aufruf des Parteivorstandes. Sie sind der Überzeugung, daß das Vorgehen der Opposition die schwerste Schädigung der Interessen der deutschen Arbeiterklasse bedeutet. Die Opposition hat sich nach systematischer Winterarbeit innerhalb des Parteikörpers, unter wiederholtem Disziplinbruch, durch Einberufung und Verschleppung der Reichs-Sonderkonferenz außerhalb des Rahmens der sozialdemokratischen Partei gestellt. Wer auf dem Boden dieser Beschlüsse steht, kann daher nicht mehr als Mitglied der Partei angesehen werden.

In die Parteigenossen des Kreises, die der sozialdemokratischen Partei die Treue bewahren wollen, richten die Versammelten die dringende Aufforderung, sich in den einzelnen Orten fest zusammenzuschließen.

Die neue Kreisleitung wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um in allen Orten des Kreises den Genossen, die auf dem Standpunkt der alten sozialdemokratischen Partei stehen, die Möglichkeit der Vereinigung zu geben. Sie fordern die auf dem Standpunkt der Fraktionsmehrheit stehenden Ortsvereine des Kreises auf, die Organisation in den einzelnen Orten einheitlich und geschlossen zu erhalten.

In den Kreisvorstand wurden folgende Genossen gewählt: als 1. Vorsitzender Emil Stahl-Spandau, als stellvertretender Vorsitzender August Lehmann-Marwitz, 1. Kreissekretär Wilhelm Pieper-Spandau, 2. Kassierer: Robert Heinrich-Belten, als Schriftführer Hermann-Belten, als Beisitzer die Genossen Heilly-Belten und Einz-Spandau. Zu Revisoren wurden die Genossen Verlowitz-Rauen, Kroll-Potsdam und Seeburg-Kremmen gewählt. Mit dem Mandat als Revisionskommissionmitglieder für die „Brandenburger Zeitung“ wurden die Genossen Fieder-Belten, Lehmann-Marwitz und Schubert-Potsdam betraut.

Die Konferenz beschloß weiter, zur Reichstagswahl dem von der Opposition aufgestellten Schriftsteller Dr. P. Medring einen Arbeiterkandidaten gegenüberzustellen und wählte einstimmig den Kreisvorsitzenden, Gewerkschaftsangehörigen Emil Stahl-Spandau.

Nachdem noch die Wahl eines engeren Komitees zur Durchführung der Reichstagswahl vorgenommen war, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die neue Organisation.

An die Parteigenossen in Spandau-Osthavelland.

Der „Zentralwahlverein“ Spandau-Osthavelland hat sich durch seine Stellung zu der Reichskonferenz der Opposition außerhalb der Partei gestellt. Er ist damit auch aus dem „Verbande der sozialdemokratischen Wahlvereine der Provinz Brandenburg“ ausgeschlossen.

Für alle Parteigenossen des Kreises, die weiter der sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehören wollen, ist der „Sozialdemokratische Wahlverein für den Wahlkreis Spandau-Osthavelland“ die allein zustehende Organisation. Das in den Ortsvereinen der bisherigen Kreisorganisation im Umlauf befindliche, von der Bezirksorganisation herausgegebene Material an Eintritts- und Beitragsmarken usw. ist nur mit dem Kassierer Wilhelm Pieper, Spandau, Stiehlendorfer Straße 11 zu verrechnen.

Der Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg.

Gemeindevorstellung in Tempelhof. Der letzten Sitzung lag eine Abänderung der Feuerungsanlagen an Beamte, Lehrpersonen, Angestellte und Arbeiter vor. Danach soll vom 1. Februar ab eine Erhöhung der Monatszulagen stattfinden. Die Gemeindevorsteher und Arbeiterinnen sollen außer der bereits im Dezember 1916 gezahlten einmaligen Feuerungszulage einen weiteren Zuschlag von 5 Pf. für die Stunde, soweit nicht besondere Kriegslöhntage mit den Betroffenen vereinbart sind, erhalten. Genosse Ewald beantragte die Streichung der Bestimmung, wonach ein Rechtsanspruch nicht gewährt wird und die Anrechnung außerordentlicher Lohnaufbesserungen dem Gemeindevorsteher überlassen bleibt. Diese Anträge wurden abgelehnt und die Vorlage der Kommission angenommen. Beim Schlußparlamentarismus beantragte Genosse Franz, die Einzahlungen außerhalb der Schulzeit vorzunehmen, um den Kindern, die nicht in der Lage sind, etwas zurückzuliegen, das Gefühl der Zurücksetzung zu erlösen. Eine Erhöhung der Anrechnung wurde abgelehnt. Einige Ausführungen des Bürgermeisters zu den Verkehrsbeschränkungen der Großen Berliner veranlaßten Genossen Ewald nachzuweisen, daß die Große Straßenbahngesellschaft viele Verkehrserschwerungen verhindern könnte, wenn sie den guten Willen dazu habe. Ein dringlicher Antrag, der sich gegen die Einführung des Einheitsbrottes wandte, fand einstimmige Annahme. In nichtöffentlicher Sitzung wurde die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 300 000 M. von der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend beschlossen.

Gemeindevorstellung in Kottbus. In der letzten Sitzung machte der Leiter des Realgymnasiums, Direktor Dr. Scheel, interessante Ausführungen über die Umgestaltung des Realgymnasiums. Die Genossen Dömer und Reumann gaben der Hoffnung Ausdruck, daß diese Pläne, die durchaus ihrer Anschauung von der Anbahnung der Einheitsküche entsprächen, bald verwirklicht werden könnten. Wegen des Widerspruch der Gemeindevorordneten Kaizan und Cohnhildt wurde der Ankauf des früheren Heinrichs Grundstücks Priesterstr. 10 beschlossen. Dasselbe eignet sich, wie hervorgehoben wurde, vorzüglich zur Unterbringung der Gemeindepferde und -fuhrwerke sowie der Feuerlöschgeräte, da große Stallungen und abgedeckte Hintergelände vorhanden sind. Der Kaufpreis beträgt 30 000 M. - Zugestimmt wurde ferner dem Verkauf des Grundstücks Lindenstr. 66, in dem jetzt das Gewerbe- und Kaufmannsgericht, das Standesamt und ein Teil des Lebensmittelamtes ihren Sitz haben, an das Oberlinhaus zum Preise von 48 000 M.

Kohlverwendung in Schöneberg. Auf Veranlassung des Schöneberger Magistrats finden am Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag dieser Woche Kochvorführungen über die Verwendung von Kohlrüben mit Kostproben und Ausgabe von Kochrezepten in der Zeit von 7 1/2-9 1/2 Uhr abends statt im: Leitgebau, Victoria-Eisfeld-Platz 6, Festplatz-Gründerhaus II, Karl-Schaber-Str. 7, Kohlstelle der freiwilligen Kriegshilfe, Barbarossastr. 65, Beratungsstelle des Schöneberger Hausbauvereins, Allosienstr. 7, Schulküche der 11. Gemeindefschule, Oberstr. 9, Schulküche der 15. Gemeindefschule, Am Tempelhofer Weg, Schulküche der 16. Gemeindefschule, Am Tempelhofer Weg. Die Teilnahme an den Vorführungen ist unentgeltlich.

Bankrunder Lebensmittelaufschub. In dieser Woche dürfen auf die sechs Abchnitte der Kartoffelkarte höchstens drei Pfund Kartoffeln abgegeben werden. Auf die Abchnitte 40d und 40e der Kartoffelkarte werden keine Kartoffeln verabfolgt und dürfen erstere bis auf weiteres nicht abgetrennt werden. - Zum Ausgleich des geringen Kartoffelration werden für die laufende Woche 200 Gramm Weizenmehl ausgegeben, welche vom Dienstag ab in den Berliner Weizenhandelsgeschäften auf Abchnitt 64 der Lebensmittelkarte entnommen werden können. Da jeder Lebensmittelkartenabschnitt zur Einlösung gelangt, erkräftigt sich ein Anstellen vor den einzelnen Geschäften. - Auf Abchnitt 63 der Lebensmittelkarte werden in der laufenden Woche vier Pfund Kohlrüben verabfolgt.

Lebensmittelversorgung in Weissenhof. In der Verkaufsstelle Berliner Allee 80 gelangen für die Inhaber der roten Kaufberechtigungskarten vom 29. Januar bis 3. Februar Brottaffel und Speiseöl zum Verkauf. Auf jede Kaufberechtigungskarte kann eine Dose Brottaffel zum Preise von 1,75 M. und bis zu 125 Gramm Speiseöl entnommen werden. 1/2 Pfund Speiseöl kostet 0,25 M. Haushaltungen mit mehr als fünf Mitgliedern können die doppelte Menge entnehmen. In der Verkaufsstelle Viktorienstraße 24 wird der Verkauf von Kräuterbrotchen, Klippfisch und Stockfisch fortgesetzt. 1/2 Pfund Kräuterbrotchen, kostet 65 Pf., 1/2 Pfund Klippfisch 1,25 M., 1/2 Pfund Stockfisch 1,45 M. In der laufenden Woche wird eine Maßzulage von 300 Gramm auf den Kopf der Bevölkerung gewährt. Die Abgabe des Mehles erfolgt in den Weizenhandelsgeschäften gegen Abgabe des Mittelstückes der Brotkarte der 101. Woche. Auf die 6 Kartoffelabchnitte werden 3 Pfund Kartoffeln und auf die beiden Abchnitte 40b und 4 Pfund Kohlrüben abgegeben.

Einsparung des elektrischen Stromverbrauches in Weissenhof. Der Gemeindevorstand erläßt eine Bekanntmachung, wonach infolge der Kohlenknappheit das Kraftwerk der Märkischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft gezwungen ist, die Stromerzeugung zeitweise einzufrieren. Die Bürgererschaft wird gebeten, den Verbrauch an Strom für Beleuchtungszwecke möglichst zu verringern.

Verlängerung der Gundersperre im Kreis Teltow. Die vom Landrat des Kreises Teltow bis zum 28. Januar angeordnete Gundersperre hat, nachdem an einem Grunde in Grünau Teltow festgestellt worden ist, bis zum 24. April d. J. für den östlichen Teil des Kreises Teltow verlängert werden. Es sind deshalb im Adlershof, Altglienicke, Bohnsdorf, Gladowitz, Grünau, Grünau-Dahms, Johannisdorf, Karolinenhof, Schönfeld, Rudow, Nieder-Schönweide, Schulzendorf, Waltersdorf und Köpenick, hier nur der westlich der Dahms und Spree belegene Ortsteil, sämtliche Grunde bis zum 24. April festzuliegen. In den übrigen Teilen des Kreises Teltow kommt die Gundersperre nicht mehr in Betracht.

Aus aller Welt.

Explosion in der Fabrik von Masly bei Paris. Samstag mittag entlief ein Brand in der Pulverfabrik Masly Valaiseau. Das Feuer breitete sich sehr schnell aus und erreichte die Lager, in denen recht bedeutende Mengen von Sprengstoffen aufgehäuft waren. Der ersten Explosion folgten bald zwei oder drei weitere. Die Fabrik, die hauptsächlich Nitramit herstellt, ist vollkommen zerstört. Von 300 Arbeitern waren nur 60 anwesend. Sieben wurden getötet, drei leicht verletzt. Der Bahnhof der Pariser Ringbahn sowie benachbarte Häuser sind beschädigt. Der Ringbahnverkehr mußte für einige Stunden eingestellt werden.

Ein heftiger Schneesturm wüthete in Großbritannien. Ein Fischerdorf bei Dartmouth wurde bis auf zwei Häuser vom Wind umgerissen. In Lancashire brach in einer Baumwollspinnerei ein Streik aus, weil die Arbeiter sich weigerten, in ungelüfteten Sälen weiterzuarbeiten. Die Städte und Dörfer in West-Irland sind durch enorme Schneemassen von der Umwelt abgeschnitten.

Ein falscher und ein echter Rubens. Die in Antwerpen erscheinenden „Nlaamse Nieuws“ teilen folgendes, ebenso zeitgemäßes wie ergötzliches Geschichtchen mit: Ein Beamter, der nach Butter, Kartoffeln und anderen Waren forscht, die nicht in die Stadt eingeführt werden dürfen, kommt bei einer Revision in einem Strohhalmwagen. Er wirft seinen Forcherblick auf den lippigen Gulen einer Rubensschen Frau. Om! Was ist das? Sie verliert zu erliegen. Es mißlingt! Unbeschreibens Rad'nage. Es kommen zwei Kilogramm Butter hervor, ein Kilogramm rechts und ein Kilogramm links! Die Mitfahrenden sind mit der Unterfuchung zufrieden und sind empört! - Und die dort drüben?: Sie zeigen auf eine andere, noch lippiger ausgestattete Frau. Diese wird feuerrot, nicht vor Scham, sondern vor Entrüstung. Nun gut, wenn ihr etwa denkt - -! Und mit gewaltigem Rad reißt sie die Jade auf - -! Diedmal war es ein echter Rubens - -!

Erdbeben in Agram.

Budapest, 20. Januar. In Agram ist heute vormittag ein zehn Sekunden andauerndes Erdbeben verspürt worden, das keinerlei Schaden anrichtete. Nur an einigen Häusern zeigten sich in den Wänden Sprünge. Auch in der Umgegend von Agram wurde ein ganz schwaches Erdbeben verspürt.

Briefkasten der Redaktion.

R. 16. Dazu könnte der Hausmirt nur durch Klage gezwungen werden, was aber wegen des geringen Objekts und in Anbetracht der jetzigen Zeit nicht zu empfehlen ist. - Abnuant 1906. 1. Die Altersrente wird vom 65. Lebensjahre an gezahlt. Zum Besage der Invalidenrente in seine Altersrente gelegt; sie wird gezahlt, wenn mindestens 300 Markten gelehrt sind und Zuverlässigkeit als vorliegend erachtet ist. 2. und 3. Die Höhe der Pölzlei ist dafür nicht in Anspruch zu nehmen. Wenn die Pölzlei nicht imstande ist, für Ruhe im Hause zu sorgen, könnten Sie nur auf Zahlung des Vertrages klagen. - P. R. 1711. Sie sind zur Rückzahlung des unvoll erhaltenen Krankengeldes verpflichtet. - G. S. 121. 1. Kein. 2. Die Erhöhung der Reichsanstaltungsgebühr muß auch diesen Familien gezahlt werden. 3. Da 4. Bekehrte ist beim Militärbureau des Magistrats, Klosterstr. 65, einzureichen. - W. S. 777. 1. Ja. 2. Nein. - G. S. 32. Wenn das Verbot ohne triftigen Grund gelöst worden ist, können Sie für die zum Zwecke der Verlobung gemachten Aufwendungen Schadenersatz beanspruchen. - G. S. 86. 1. und 2. Nein. Sie hat nur Anspruch auf das rückständige Gehalt. 3. und 4. Nein. 5. Sie müßten den Anspruch auf das rückständige Gehalt durch Klage beim zuständigen Amtsgericht geltend machen. - G. S. 10. Antrag auf Kriegsfestsetzung ist bei der zuständigen Bezirksstelle des Magistrats, Göttinger Str. 4, unter Vorlegung der Sterbendeurkunde und der Geburtsurkunde zu stellen. - J. W. 97. Sie sind nach ärztlichem Gutachten wegen schmerzlicher Beschwerden höheren Grades für dienstuntauglich befunden. - P. S. 1. Nach Ihren Angaben können Sie Anspruch auf Invalidenrente geltend machen. Der Antrag ist unter Vorlegung der Aufschreibungsbestimmungen und der letzten Cultivationskarte beim Verordnungsamt Berlin, Klosterstr. 65/67, zu stellen. - Taufsch. Kein. - C. S. 87. Der Vater könnte ein solches Verbot an das Disziplinskommando des Truppenkorps, dem der Verordnende angehört, unter Vorlegung des Sachverhalts richten. - G. S. 100. Wenn in Ihrem Mietvertrag die Klausel enthalten ist, daß die Kündigung an einen der Mieter auch für den anderen rechtsverbindlich ist, so sind Sie zur Kündigung der Wohnung verpflichtet; im anderen Falle müßte die Kündigung auf Ihrem Namen im Heft ausgehört worden sein. - H. T. 27. Kein. - P. S. 105. Sie müssen ununterbrochen sechs Wochen versicherungspflichtiges Mitglied der Krankenkasse sein, um als Beitragszahler aufgenommen zu werden. Die vier Wochen Mitgliedschaft vor Wohnnachten rechen nicht. - G. S. 74. Schwangere haben Anspruch auf 1/2, Alter nichtiglich für die drei letzten Monate vor der Entbindung, Antrag auf Erteilung der Mutterschutzkarte sowie anderer Zulassungen ist bei der Gemeinde zu stellen; auch wegen der Keitkarte und Fleißkarte müßten Sie sich an die Gemeinde wenden. - P. S. 10. Die Unterfuchung für das Kind wird in diesem Falle am Geburtort gezahlt. - Abnuant Brufenborer 20. Wenn die Frau nicht aus der Landesküche ausgestiegen ist, so kann sie der Vahor als Pöktin nicht zurückweisen. - G. S. Endenberg. Kein. - G. 100. In diesem Falle könnte ein Verbot um Einlösung des Ehevertrages beim Stellvertretenden Generalkommando eingeleitet werden.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Teilweise heiter, jedoch vorwiegend wolfig. Bei wenig veränderlichen Temperaturen besonders im Süden noch öfters leichte Schneefälle.

Advertisement for 'Der deutsche Schmied' (The German Blacksmith) by Zirkus Schumann. It features a large graphic of a hammer and anvil. Text includes: 'Auf vielseitigen Wunsch', 'Der deutsche Schmied', 'Zirkus Schumann', 'Letzte Wiederholung heute abend 7 Uhr zu volkstümlich. Preisen', 'Theaterkasse der Kommandantur, am Schinkelplatz.'

Advertisement for 'Elektrolit Georg Hirth'. Text includes: 'Elektrolit Georg Hirth', 'hebt die Verdauung und fördert den Stoffwechsel', 'besitzt die Wirkung auf den ganzen Organismus', 'In Pulver- u. Tablettenform', 'Ludwigs-Alpstraße, München 5, Neuhäuserstr. 8.'

Advertisement for 'Heilanstalt' (Healing Institute). Text includes: '250/14 Aerztlich geleitet', 'Heilanstalt', 'für naturgemäße Heilweise: Licht-, Gestirns-, Homöopathische, Pflanzen-, sowie Sauerstoff-Verfahren', 'Berlin SO 16', 'Brückenstr. 10b II am Wannsee-Bahnhof.'

Advertisement for 'Spezialarzt' (Specialist Doctor). Text includes: 'Spezialarzt', 'Dr. med. Coleman', 'f. Geschlechtskrankh., Haut-, Frauen-, nerv. Schwäche, Bein-, Kranks, Ehrlich-Hata-Kuren', 'Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum', 'Königsstr. 34-36, Friedrichstr. 10-11 u. 3-8, Sonntag 10-11', 'Separates Damenzimmer.'

Advertisement for 'H. Piau, Bandagist' (H. Piau, Bandage Maker). Text includes: 'H. Piau, Bandagist', 'Berlin Direksenstraße 20', 'zwischen Bahnhöfen Alexanderplatz und Volksgarten', 'Für Damen Frauen-Behandlung', 'Lieferant für alle Krankenkassen.'

Advertisement for 'Kaufe Neue Zeit' (Buy New Time). Text includes: 'Kaufe Neue Zeit, auch einzelne Jahrgänge', 'Buchhandlung, Hagenburger', 'Herrenuhr, Silberstolche', 'verkauft 343ringstraße 13 Poststr.'

Bilder vom täglichen Leben.

Dorfszene.

Abends legt ihr euch an einen fantalen Tisch zu einem Glase dünnen Bier, Männer der Arbeit, gefrorbenen Atemhauch noch in den struppigen Bärten, die witterharten Gesichter rot vom Frost, die starken Hände aufgesprungen und steif. Nun heule weiter, Sturm! Jetzt stehen die Pferde versorgt im Stall und ihre ermatteten Leiber können ruhn. Euren Tieren gehört ein großer Teil eurer Liebe, und ihr selbst kommt erst zur Ruhe, wenn sie versorgt sind. Dann wärmt ihr euch am Ofen, durch den der Wind sauft, und wohnt kaum mehr etwas von der Schönheit des Morgens, der heraufzieht, als ihr die Säule anspannt und das Tagewerk begann. Ihr seht vor Arbeit nicht den herrlichen Himmel, dessen tiefe strahlende Gläue ein fast durchsichtiger Dunstschleier verhält, seht nicht den Strahlenregen, der aus den Millionen Eiskristallen an Bäumen und Sträuchern auf die harte Erde fließt, als der erste Sonnenstrahl über die klammernden Berge sprang. Ihr laßt den Weg, den steinharten, gefrorenen Weg, die bebenden Pflanzen eurer leuchtenden Pferde, den erstarrten Atemhauch ihrer geblähten Küstern, ihren guten Willen, mit starken Hufen Palt zu finden auf der Glätte und die Last zu ziehen zu eurer Zufriedenheit. Vorwärts mußte es gehen! Die schweren Kohlenloren aber waren nicht von der Stelle zu bringen, die Gleise der Schmalspurbahn waren in erbärmlichem Zustande, kein Mensch hatte sich wer weiß wie lange um sie gekümmert. Es war ja Krieg! Gestern floß getautes Schlammwasser über die Gleise, über Nacht war es gefroren, nun blieb es fahren! Vier Lören Kohle auf ein Pferd! Unmöglich! Zwei Lören! Ja, es geht! Ihr streichelt die leuchtenden Tiere, die die letzte Kraft ihrer nicht mehr wie früher genährten, abgemagerten Leiber einziehen! Vergeblich! Es geht nicht! Miserabel sind die Gleise, verdrückt, zugestoren! Ihr schreit den Tieren Mut zu, sie stemmen die Hufe fest, sie rutschen aus, die Reine knien ein — ihr schwingt die Peitsche über ihnen — es hilft nichts! Also zur Arbeit die Meldung: Können nicht fahren! Gleise in elendem Zustande! — Mit zwei dampfenden Tieren und mit Mühe und Not bringt ihr zwei Lören Kohle vorwärts. Kommt an, noch vielmaligem Gehen, kommt zu spät an — ein Hallo empfängt euch: „Was, nicht fahren! Ihr müßt fahren! Heute zum Gleisreinen!“ Ihr werdet ausgelacht: „Ist ja so lange gegangen, geht es auch noch heute und morgen!“ Ihr knirscht mit den Zähnen, seht eure matten Tiere an, eine Wut steigt in euch auf: „Also wir fahren und wenn die Pferde verrecken!“ Ihr versteht nicht, wie ein Mensch kein Einsiedeln haben kann in so einfache Dinge, kein Mitleiden mit der Kreatur! Ihr streichelt die Tiere, ihre Augen haben einen matten, dunkelbaren Glanz. — So ging das Geschehen also den ganzen Tag weiter. Diesen einen Tag! Einen zweiten nicht! Männer der Arbeit, Gehörtsende, ihr kennt die Grenze des Befehls, die das Leben selber zieht. Ihr wißt sie für euch und eure Tiere. Vorwärts muß es gehen, ja! Kräfte anspannen, ihr seid es, weiß Gott, gewohnt! Kräfte verschwenden: dagegen lehnt ihr euch auf, wenn es Mittel gibt — und es gibt immer welche — sie zu schonen, zu sparen, wenn es nur gilt, ein Einsiedeln zu haben, ein Mitleiden mit der lebenden Kreatur.

So wird am liebsten, harten Schenklisch geredet, während der eilige Sturm über die Häuser des Dorfes leucht. Stöhnende Schneeflocken fliegen durch die schwarze Nacht, die selten aus gepulsten Wolken hervor ein Stern wie eine unsagbar seltsame Verkündigung erhell.

KleinStadt.

Die zahmen Tauben leben längst nicht mehr, die sonst plöcklich den Fußgänger vor die Füße flogen und gurrend und stierlich auf den holprigen Straßen vor ihnen herkrüppelten. Sie spazieren längst nicht mehr auf dem Baumranda am Markt und stovten nicht mehr mit den Schnäbeln an die Fensterläden, um Körner oder Brot zu erbiten. Ihr rascher Flügelschlag, ihr Gurren und Kucken ist aus den friedlichen Straßen, die auch einst nur selten das Spiel froher Kinder durchlärmte, verschwunden. Die Tauben waren wie ein Wahrzeichen des Städtchens, Friedenstauben. Der Krieg hat sie verdrängt.

Ist die stille Stadt verwachsen mit ihren Menschen und Häusern, hat sie ein gütiger Geist auf seine starken Arme genommen und hinweggenommen aus dem Kriegslärm der Zeit, sie auf einer weiten fernem Aus niedergelegt, nahe den riesigen Wäldern, die mit breiten Schattengängen alle Friedfertigen zu sich laden, mit zu feiern ihre mattele Schönheit und Reinheit! Wo postet das Herz dieser Stadt? Fühlt es die Langsichtigkeit und Mühseligkeit, die Sorgen, das unermessliche Leid und die neue Sehnsucht der Menschheit, die aufbricht aus dem frohlockten Gang dieser Tage? Wo sind ihre Hände, die Wunde lindern und Heilungsbreden Blumen streuen?

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeieroman von Gabriela Sapozhka.

Ward, Raub, Blut scheinen diese Menschen als etwas Gewöhnliches anzusehen, als einen Zustand, der sie kaum aus ihrem Gleichgewicht bringt! Höchstens bligt in den Augen Angst und Furcht um die eigene Person und die nächsten Angehörigen auf, doch sie bleiben unbekümmert, wenn sie einen zu Lode getroffenen Fremden in der Ferne jammern hören. Seltsam! Nur einen kurzen Augenblick erging sich Mitgefühl in diesen Erwägungen. Mit dem ihm eigenen Trost kehrte er zu seinem ersten Entschluß zurück. „Ich sage Euch, daß jemand gemordet wurde... Nehmt die Laterne, ruft Leute herbei, wir wollen suchen gehen. Auf dem Wege werden wir die Polizei benachrichtigen.“ Nichts vermag den Ausdruck wiederzugeben, den man in den Augen des Hausdieners bemerkte, als er Mitgefühl Worte vernahm. Es lag darin Ironie, Geringschätzung und eine Art Mitleid mit der Verblendung eines Menschen, der nicht weiß, was er spricht. „Warum glockt Ihr mich an? Kommt, sage ich Euch! Es könnte sonst zu spät sein!“ Die Tür knarrte leise. Hinter Mitgefühl stand jemand. Mitgefühl drehte sich lebhaft um. Er bemerkte den Besitzer des Hotels, Jaak Feinbube, einen ruhigen, pockennarbigen Juden, der einen langen wattierten Mantel trug. „Er wird nicht gehen! Er ist mein Angestellter.“ sagte Feinbube langgedehnt, „keiner von meinen Leuten wird mitgehen. Ich stehe hier schon seit einer Weile an der Schwelle und höre, was Sie sprechen. Sie sind von außerhalb, Sie kennen unsere Sitten nicht. Legen Sie sich lieber schlafen.“ Mitgefühl drang jetzt bittend auf den Besitzer ein. „Aber warum sollen wir nicht helfen, wenn dort jemand im Sterben liegt? Wir werden zu mehreren hingehen und die Polizei mitnehmen. Es kann uns nichts zustoßen.“ Auf dem Gesicht des Jaak Feinbube malte sich auch jener unbeschreibliche Ausdruck von Ironie und Mitleid für die Verblendung eines Menschen, der nicht weiß, was er spricht.

Wo ihre Augen, die, noch voll Entsetzen über das Wort unter den Wäldern, ausstapfen nach dem unermesslichen Glück fernher Tage? Schläft die Stadt? Ist sie tot?

Sie lebt. Sie wacht. Sie ist wie eine Mutter, die bitter Not trägt und ein ruhiges, starkes Herz hat. Ein Herz, das seine Kraft lenkt, seine Liebestraft. — Die großen Städte haben tausend Millionen Herzen, die nichts voneinander wissen und aneinander vorüberhaften, vielleicht nur leise den Schlag des Bruderherzens ahnend. Die kleine Stadt hat ein einziges Herz. Alle ihre Menschen hocken auf sein Schlagen und seinen Widerhall in ihrer eigenen Brust. Keiner hockt an andern vorbei, jeder kennt seinen Nächsten und in ihm vielleicht sich selbst, weiß um seines Nächsten Leid und Freude und läßt mit. Es ist ein Leben in engen Grenzen, still, nicht einsam, nein, gemeinsam, ein Schreiten eine Seite an Seite von Startern und Schwachen. Und doch ein weites, großes Leben: ein tiefes Erleben, weil jeder in seinem Herz das Herz der Stadt schlagen fühlt, das Herz der Brüder und Schwestern.

Hans G. G. G.

Klingende Bilder aus Wagners Musikdramen.

Vor Jahren erregte Franz Fischer, teilsand Generalmusikdirektor der Münchener Hofoper, ein weit über seine Vaterstadt hinausgehendes Interesse durch Wagner-Konzerte, die er fast ausschließlich vor einem Kreis von Musikern und Musikfreunden auf dem Klavier zu geben pflegte. Unvergänglich ist jedem, der jenen Veranstaltungen anzuwohnen das Glück hatte, die geniale Meisterkraft, mit der Fischer die ausschließlich für Orchester berechneten Partituren ganzer Opernakte mittels des Hammerinstruments zum vollen Erklingen brachte.

Hieran wurde man wieder lebhaft erinnert, als Freitag im Blüthenaal zwei Münchener Musiker, der Kritiker Alexander Dillmann und der Opernsänger Robert Hatt, den sich ja das hiesige königliche Opernhaus ab nächsten Herbst gesichert hat, einen Wagner-Abend gaben. Gleich sei hinzugefügt: es war eine Veranstaltung höchstgelegener Art.

Es wird wohl jedem Musikliebenden bekannt sein, welchen Widerständen eine Wiedergabe Wagnerischer Musikdramen auf dem Klavier begegnet. Die Bearbeitungen oder Auszüge für dies Instrument lassen den Klangcharakter des Orchesters vermissen. Was beim Spiel herauskommt, sieht höchstensfalls hier und da zu „Klingenden Bildern“ zusammen. Die Ausschlussmöglichkeit des Klaviers ist eben begrenzt. Das fällt aber keineswegs aus, technische Fortschritte und Erweiterung der Klanggrenzen zukünftig erwarten zu dürfen. Teilweise sieht man bereits vor erfüllten Hoffnungen.

Indem Dillmann ihnen nachging, suchte er den unvergleichlichen Farbenreichtum der Wagnerischen Orchesterpartitur auf den Klavier zu übertragen. Das konnte nur geschehen durch Aufsuchen neuer Toncharaktere und Tonmischungen mittels intensiver Streigerung des seelischen und dramatischen Inhalts des Spiels. Hierin offenbart Dillmann ein völlig unabhängiges Nachschaffen aus jenseitig gelagter Leidenschaftlichkeit heraus, weshalb seine Partiturauszüge für das Klavier weder mit den üblichen Kopiermeisterübertragungen noch mit Bearbeitungen lediglich für Virtuosen verwandt sind. Er malt den Streicherkörper, die Holzbläser und Bläser. Dies ganze Tongewebe bildet jedoch nicht bloß den Untergrund für die kraftvoll hineingefügten Leitmotive, sondern verknüpft sich mit ihnen zur Einheit. Mit welcher hervorragender Meisterkraft es Dillmann fertig bringt, total neue Klangfarben, ja Findrücke von orchestertraler Vielfalt zu erzeugen, dafür konnte das Klavier- und Großmotto aus Parfüm als prägnanter Beweis gelten. Die Bezeichnung „Klingende Bilder“ erschöpft nicht, was Dillmann tatsächlich gibt und zu geben fähig ist. Gewisse musikalische Vorgänge aus Wagners Werken werden für das Klavier geradezu neu erschaffen. Zumal wenn mit diesem Instrument sich der Gesang verbindet. Denn auch der Sänger muß ein Nachschaffender sein, will er auf dem Konzertpodium überzeugen, mitreizen.

In Robert Hatts herrlichem Organ vernahm ich Heinrich Vogl wieder. Beide Interpreten rissen die zahlreiche Hörerschaft zu begeisterten Ovationen hin.

Fleischert!

Dr. A. v. Korosini, Lehrer der Diätetik, gibt in Gustav Jägers Monatsblatt folgende beherzigenswerte Ratssätze: Die Verdauung beginnt im Munde. — Man soll deshalb die Nahrung gut kauen, wobei sie von selbst mit dem so wichtigen Mundspeichel vermischt wird. — Aber auch dreifache Speisen, Suppen und besonders Milch dürfen nicht verschluckt werden, ohne vorher gründlich durchgespeichelt worden zu sein. Dieses Vermischen der Nahrung nennt man Fleischern (nach dem Amerikaner Fleischert). Fleischern bedeutet also „Kauen und Durchspeicheln“. Durch das Fleischern wird nicht nur dem Magen und Darm die

Verdauungsarbeit wesentlich erleichtert, die Nahrung wird auch viel besser ausgenützt. Hierdurch wird die Sättigung eine vollständigere und hält länger vor. Auch vermeidet man durch das Fleischern das schädliche „zu heiß essen“ ganz von selbst. Ein Mensch, der fleischert, hat mehr Genuß beim Essen und wird sich mit weniger Nahrung begnügen können als ein Schlinger, der noch dazu seiner Gesundheit schadet.

Gerade die Kriegsküchen- und Feldküchenkost verfährt, weil sie dreißig ist, zum häufigen Essen und Hinunterklingen. Schon dem Säugling mache man das Trinken nicht zu leicht und Sorge, daß es langsam geschieht. Man kann den Kindern das Schlingen abgewöhnen, indem man ihnen Rührstücken, Zwieback und alibadene Brotkrumen in ihren Drei mißt. Man zwingt Kinder nie zum Essen. Zwischenmahlzeiten sollten nach Möglichkeit vermieden werden (drei Mahlzeiten am Tage genügen). Magen und Darm arbeiten besser, wenn man ihnen längere Ruhepausen gönnt. Dehhunger vertreibt man am besten mit ein wenig alibadenem Brot oder trockenem Zwieback.

Trinkt wenig oder besser gar nicht zum Essen! Durch das Trinken während des Essens wird die Verdauungskraft des Magens und Darms wesentlich vermindert, die Ausnützung der Nahrung herabgesetzt und außerdem Krankheiten Tür und Tor geöffnet, da der Mageninhalt, wenn er verdaut wird, seine feinstündigen Eigenschaften verliert. Am besten ist deshalb, mit dem Trinken bis etwa zwei Stunden nach dem Essen zu warten. Auch Flüssigkeiten sollten nicht hinuntergeschluckt werden. Man hat viel mehr davon, wenn man sie in kleinen Schlucken trinkt. Diese Tischregeln sind für jedermann von der größten Bedeutung. Darum befolgt sie!

Das Alter der Erde.

Die Schätzungen über das Alter unserer Planeten gehen weit auseinander, je nachdem sie sich auf radioaktive oder geologische Erscheinungen stützen. Der Amerikaner Arthur Holmes stellt nach dem „Prometheus“ in einer Erörterung dieses Gegenstandes fest, daß alle derartigen Schätzungen auf der Annahme beruhen, daß die radioaktiven Verhältniszahlen des Urans und seiner Tochtererzeugnisse sich mit der Zeit nicht ändern. Unter dieser Voraussetzung ergaben Berechnungen, daß seit der Ausfällung der ältesten platonischen Felsgebilde aus dem früher flüssigen Erdkörper etwa 1,5 Milliarden Jahre verlossen sind. Da aber durch die Geologie nachgewiesen ist, daß diese in schon bestehende Sedimentäre oder vulkanische Gebilde eingedrungen sind, ist das auf diesem Wege berechnete Weltalter der Erde weit höher.

Andererseits ergeben geologische Schätzungen auf Grund von Ablagerungserscheinungen ein bedeutend jüngeres Alter von 100 bis 400 Millionen Jahren. Es besteht somit eine große Differenz zwischen den Ergebnissen der beiden Berechnungsweise. Die Schätzungen auf Grund der radioaktiven Erscheinungen haben vorläufig noch einen fraglichen Charakter, und einermagen zuverlässige Zahlen sind erst zu erwarten, wenn die Wissenschaft die Abhängigkeit des Zerfalls von Uran in Abhängigkeit von Zeit, Druck und Temperatur genau festgelegt hat.

Notizen.

— Kriegernährungsabend. In der Vereingung für staatsbürgerliche Bildung findet am Mittwoch, 8. Uhr abends, im Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses ein Vortrag von Dr. August Müller über „Volkswirtschaft, Staatswirtschaft und Kriegernahrung“ statt. Freie Reden. Eintrittskarten bei der Geschäftsstelle Charlottenburg, Leibnizstr. 47, unentgeltlich.

— Der Komponist einer Oper, „Die Oper „Wong Foo“ ist manchen Prommen ein Torn im Auge und es wird nicht zum ersten Male probiert, gegen sie in Entrüstung zu machen. Seltsame Blüten hat dieser Kampf jetzt in München gezeitigt. Die Landwirte werden in der herkalten Presse aufgefordert, keine Lebensmittel mehr nach München zu liefern. In der Tat ist die „Wong Foo“ denn auch vom Spielplan der Münchener Hofoper abgelegt worden — natürlich wohl eine Sängerin in Kostor ist.

— Der Biograph Schopenhauers Wilhelm von Schwiner ist in Frankfurt a. M. gestorben. Seines Meisters Pessimismus hat ihn 91 Jahre alt werden lassen.

— Der Goethe-Melikaner. Auf einer Goetheauktion wurden wieder allerlei Schmutzgegenstände angeboten, die mit dem Namen Goethe Asterfult treiben. Sie fanden — wie immer — hochzahlende Käufer. Eine Quantität von Haaren — offensichtlich nicht von einem Fabel — und Schleien brachte bloß 1000 M. Was kostet da ein Haar? Ein angeblicher Melikaner Goethes hieß auf 200 M. (Man sollte ihn konstatieren und Schandfleckchen daraus machen.) Geheißene Papieren, die jedermann braucht und auch Goethe nicht entbehren konnte, fanden nicht zum Angebot. Pörrleinlich wurden sie nur unter der Hand gehandelt.

Seine Hände führten jene charakteristische, resignierte Bewegung aus, die man nicht vergessen konnte.

„Verboden!“

Mitgefühl Energie begann zu wachsen. Er fühlte Luft, sich jener Apathie zu widersehen, die eine träge, trübe Schmutzwelle aus allen Gassen, aus den stillen, in Schlaf versunkenen Häusern, aus den Gesten der hilflosen Menschen mit dem matten, hoffnungslosen Augen hervortreten ließ.

„Wenn Ihr Euch nicht darum kümmern wollt, tue ich es allein.“ sagte er entschlossen. Indem er seinen Mantel zupfachte.

„Ihr braucht mir nur zu sagen, wo die Polizei ist.“

„Ich rate Ihnen, schlafen zu gehen.“ wiederholte der Jude phlegmatisch.

In demselben Augenblick schlich eine in ein Plaid gehüllte Frauengestalt leise die Treppe hinunter. Unter dem Plaid sah man eine weiße Nachtsacke hervorblitzen. Sie hatte schwarzes, stark gebranntes Haar und ein blaßes, dreieckiges Gesicht mit riesengroßen, schwarzen, von langen Wimpern beschatteten Augen. Als das Licht der Laterne, die das Tor erleuchtete, auf sie fiel, erkannte man in ihr ein junges, elendes Geschöpf. Die tiefen Mäuler unter den Augen und die eingefallenen Wangen lähnten eine Anklage gegen das Schicksal zu sein.

„Herr Wirt.“ begann sie fast flüsternd, „haben Sie meinen Paß?“

Jaak zuckte die Achseln.

„Ihr Paß ist bei der Polizei. Ich ließ es schon durch den Hausdiener sagen.“

„Aber ich muß morgen abreisen. Ich habe übermorgen wo anders zu singen. Bitte geben Sie mir den Paß zurück.“

„Wie kann ich das? Er ist doch bei der Polizei.“

„Ich habe ihn Ihnen übergeben und fordere ihn von Ihnen zurück.“

„Nu, den Paß hat die Polizei! Mehr kann ich Ihnen nicht sagen, mein Fräulein.“

„Sehen Sie, ihn herauszubekommen.“ Mitgefühl wachte bereits, was kommen würde. Eine Geste voll Hoffungslosigkeit und Ohnmacht von seiten des Juden.

Und dann der gute Rat: „Legen Sie sich lieber schlafen, Fräulein!“ Aber das „Fräulein“ rümpfte die Nase und murmelte

etwas vor sich hin, zerrte an ihrem Plaid, schließlich wandte sie sich um und ging die Treppe hinauf.

Mitgefühl bligte ihr unwillkürlich nach und sah, wie ihre zarte, abgemagerte Gestalt sich erschöpft an der Lehne festhielt und in dem grauen Dunkel des Treppenhofs verstand.

„Profchowski!“ fragte der Jude den Hausdiener, „was haben Sie dort von ihrem Paße gesagt?“

„Sie haben gesagt, Foffele würde mit ihr reden.“

„Nu, dann mag Foffele mit ihr reden.“ Mitgefühl begann ungeduldig zu werden.

„Wo ist hier die Polizei?“ fragte er.

„Wollen Sie wirklich hingehen?“

„Zwar, zeigen Sie mir, wo sie ist.“

Der Jude drängte sich entschlossen an die Tür des Restaurants.

„Er wird Ihnen den Weg nicht zeigen, denn ich erlaube ihm nicht, sich in die Sache einzumischen. Aber hier ist ein feiner Jude; der kann Sie hinführen.“

„Nun, aber macht schnell!“

Jaak verschwand im Flur des Restaurants. Im nächsten Augenblick verstummte die Geige.

Profchowski blieb noch eine Weile stehen, als zögere oder kämpfe er mit sich selbst, schließlich erklärte er sich Mitgefühl.

„Gnädiger Herr, verderben Sie, es lieber nicht mit ihnen, und nehmen Sie sich überhaupt in acht.“

Die weiteren Worte des Hausdieners wurden durch das Defnen der Tür zum Restaurant unterbrochen. Er zog sich in das Haus zurück und setzte sich auf den Schimmel. Hier schien er wieder in Starrheit zu versinken.

Inzwischen stürzte aus dem Restaurant ein kleiner rot-haariger, pockennarbiger, augenscheinlich strophulidischer Jude hervor; eine lange Nase und vorgegebene Lippen verließen dem Gesicht das Aussehen einer Fuchschmauze.

Unter dem Arm hielt er eine Geige.

Ueber das graue Jackett hatte er einen fadenförmigen Mantel geworfen, seine berben Schaffstüel waren mit Schmutz bedeckt, der wie eine Rinde festzuhaften schien. Man hätte diesen Menschen wie etwas Widerwärtiges und Verfaultes mit dem Stoc aus dem Wege schieben mögen, um nicht zufällig mit ihm in Verührung zu kommen.

(Fortf. folgt.)

